Nr. 199 • Einzelpreis 10 Pfennig

Dienstag, 26. August 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle. Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Hilferding rechnet gründlich ab.

Das „Nein" der Deutschnationalen. • Genosse Rudolf Hilferding kennzeichnet in meisterhafter Rede die völkisch-deutschnational-kommunistischen Phrasen. • Lösung nur durch Auflösung möglich. • Scharfe Auseinandersetzung des Reichskanzlers mit den Völkischen. • Am Donnerstag Entscheidung über die Zukunft des deutschen Volkes.

Deutscher Reichstag.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der deutschnationale Führer Hergt hat in der Reichstagssitzung vom Montag das „Unannehmbar" seiner Partei ausgesprochen. Am gleichen Abend bestritt die „Kreuzzeitung" die Richtigkeit der Behauptung, daß die deutschnationalen Abgeordneten der besetzten Gebiete für das Eisenbahngesetz stimmen würden. Das führende deutschnationale Blatt stellte u. a. Berechnungen auf, mit denen es nachweisen wollte, daß die Ablehnung der Dawes-Gesetze unbedingt erfolgen werde. Die Rede des Herrn Hergt wurde mit Spannung erwartet. Er enttäuschte mehr denn je. Wiederholt wurde er zum Opfer unfreiwilliger Komik. So, als ihm einmal das Wort entfuhr: „Uns ist nicht wohl dabei. . . ." Sehr bald breitete sich Langeweile über den Saal aus. Aufmerksam wurden die Abgeordneten erst wieder am Schlusse der Hergtrede, aus der man trotz aller wiederholt ausgesprochenen Mißtrauensvoten gegen die jetzige Regierung und das Londoner Verhandlungsergebnis doch noch die Sehnsucht nach Brücken zum Ausgleich des Konflikts heraushören konnte.

Nach Hergt sprach Hilferding. Er verzichtete auf die Mittel parlamentarischer Routine. Seine Rede war eine Analyse der internationalen Entwicklung des letzten Jahres. Er hob klar die Härten der Lasten heraus, die die Ausführung des Sachverständigengutachtens Deutschland und nicht zuletzt der deutschen Arbeiterklasse auferlegen, aber er forderte zugleich alle diejenigen, die gegen die Gesetze stimmten, auf, einen Ausweg zu zeigen. Könnten sie keinen Ausweg zeigen, so ihre Politik nicht die einer verantwortungsvollen Opposition, sondern die von Hasardeuren. Ausgezeichnet arbeitete Genosse Hilferding heraus, wie die Machtstellung der Deutschnationalen lediglich auf der Stärke der kommunistischen Partei beruhe, und er schlug für eine etwa kommende Neuwahl die Listenverbindung zwischen Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten vor. Den Kern der kommunistischen Politik traf er darin, daß er die kommunistische Partei lediglich als ein Instrument der russischen Außenpolitik bezeichnete. Die russische Politik brauche die schweren politischen und wirtschaftlichen Wunden in Mitteleuropa, um ihre Interessen gegen England und Frankreich besser durchsetzen zu können. Versage der Reichstag, so müsse er sofort aufgelöst werden und die Sozialdemokratie sei ihres Sieges gewiß. In den stürmischen Beifall unserer Fraktion mischte sich Zischen von rechts und links. Der deutschvölkische Abgeordnete Wulle hatte sich erlaubt, Hilferding als Landesjuden zu beschimpfen. Unseren Genossen Hilferding kann dieser Anwurf eines geistig und sittlich tiefstehenden Menschen nicht berühren.

Nach einer sehr entschiedenen Rede des rheinischen Zentrumsmannes Kaas holte Frau Gohlke, genannt Ruth Fischer, zu einer großen Rede aus. Wie das bei der Führerin dieser „großen" Partei selbstverständlich ist, beschäftigte sie sich weniger mit dem Sachverständigengutachten, von dem sie, nach den wenigen Proben, die sie bot, nicht viel zu verstehen scheint, als vielmehr mit der Sozialdemokratie. Die Rede zeigte, daß wir, wenn es zum Wahlkampfe kommt, es genau wie beim letzten Wahlkampf mit einer kommunistischen Partei zu haben, die nur und nur die Sozialdemokratie bekämpft und alle bürgerlichen Parteien schont. Wir hätten gewünscht, daß möglichst viele Arbeiter zugesehen hätten, wie die Deutschvölkischen mit freudestrahlenden Gesichtern und immer wieder in begeisternde Zurufe ausbrechend, das Pult der Rednerin umstanden. Mit Recht wurde aus der Mitte des Hauses wiederholt gerufen: was denn die Völkischen nach einer solchen Rede noch an Nationalismus vorbringen könnten! Genau wie Reventlow empfahl Ruth Fischer das Bündnis mit Rußland; nicht London, sondern Moskau werde die Rettung bringen. Ruth Fischer und ihresgleichen werden nun durch das Land ziehen und die Dummen suchen, die daran glauben, daß in der kurzen Frist von Wochen oder höchstens Monaten, die Deutschland in seinen Verhandlungen mit der Entente gestellt ist, die Weltrevolution ausbricht und Rußland die Heere der Entente vom Rhein vertreibt und aus den hungernden russischen Gebieten ein Strom von Segen und Wohlstand sich über Deutschland ergießt. . . .

Die sozialdemokratische Fraktion tat gut daran, auf die Herausforderungen der Rednerin und auf die beschimpfenden Zurufe ihres deutschvölkischen Freundes im Saale mit fröhlichem Gelächter zu antworten. Die Kommunisten werden erleben, daß man auf die Dauer auch durch Hunger verzweifelte Massen nicht mit Phantasereien sättigen kann. Gingen wir den Weg der kommunistischen Politik, so würde sich das große Elend der deutschen Arbeiterklasse noch um ein beträchtliches Maß erhöhen müssen.

Sitzungsbericht.

Berlin, 25. August. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Reichstag begann am Montag mit der Besprechung der Regierungserklärung und der Gutachtengesetze. Als erster Redner erhält das Wort der

Deutschnationale Hergt: Die Regierung war in verhältnismäßig günstiger Lage, als sie nach London ging. Es kommt auf die Brille an, durch die man die Dinge sieht. Wir Deutschnationalen haben eben eine andere Brille. (Zuruf: Eine blaue!) Der Regierung fehlten in London das Gewicht und die Kampfkraft der Deutschnationalen. **Wir wären in London nicht umgefallen.** (Heiterkeit.) Unsere nationale Opposition war die größte Stärkung für die deutsche Delegation in London, ihr hat sie die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfange erreicht hat. In London wurde viel zu viel Rücksicht auf die Persönlichkeit Herriots genommen. Nicht Personen, sondern die Völker haben miteinander zu verhandeln. Am 1. Oktober sind wir verpflichtet, in handelspolitische Verhandlungen mit Frankreich einzutreten, und der Feind steht noch im Lande. (Hört, hört! rechts.) Solange noch ein Franzose widerrechtlich im Lande steht, müßten alle handelspolitischen Verhandlungen abgelehnt werden. (Beifall rechts.) Die französischen Zusagen für eine Räumung des Düsseldorfer Gebietes sind viel zu unbestimmt. Mac Donald hat in seinem Brief an Herriot den Rechtsstandpunkt so betont, wie es eigentlich die deutsche Regierung hätte tun müssen. (Sehr wahr! rechts.) Durch die jüngsten Erklärungen Herriots in der französischen Kammer ist in rechtlicher Beziehung eine gewisse Besserung eingetreten, nicht aber in tatsächlicher Beziehung. Die Kriegsschuldfrage hätte an den Anfang der Londoner Konferenz gestellt werden müssen. Ich hätte diese Frage als Unterhändler aufgerollt, und wenn die andern mich nicht hätten hören wollen und hinausgelaufen wären, so würde ich dennoch weitergesprochen haben. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links.) Der Redner kritisierte dann die Einzelheiten des Dawes-Gutachtens und schloß: **Den Deutschnationalen bleibe kein anderer Weg als die Ablehnung aller Gutachten-Gesetze.**

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Wenn wir heute die Entscheidung fällen wollen, dann dürfen wir nicht von einem nationalen oder einem sozialen Ideal ausgehen, das uns vorschwebt, sondern wir können **nur von den realen Machtverhältnissen ausgehen.** Abg. Hergt hat sich die Sache etwas leicht gemacht. Er hat geredet, als ob die Amerikaner nicht gesiegt und nicht geschwommen wären. Er hat geredet, als ob der damalige Staatssekretär der Marine, Herr v. Tirpitz, mit seinen „rechtzeitig" gebauten U-Booten die englische Flotte versenkt hätte. Er hat geredet, als ob Ludendorff rechtzeitig auf der Höhe der Siege für Deutschland einen guten Frieden abgeschlossen hätte und als ob sich die Prophezeiung Helfferichs bewahrheitet hätte, daß **das Bleigewicht der Milliarden die Feinde zu tragen hätten.** Ist das die Sitte einer verantwortungsvollen Opposition? Unsere Entscheidung kann nur abhängen von der Beantwortung, ob sie dem deutschen Volke **einen Ausweg bringt aus einer unhaltbaren Lage,** und ob sie einen **Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet.** Gestatten Sie mir, mit ein paar Worten an die Lage vor einem Jahre zu erinnern. Damals mußte der passive Widerstand abgebrochen werden. Wir hatten **zum zweiten Male den Krieg verloren,** wir hatten Kriegskosten, die mit fünf Milliarden Goldmark zu gering beziffert sind, die physische und moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes war zum zweiten Male gebrochen. **Alle heroischen Opfer an Rhein und Ruhr waren umsonst gebracht.** Wieviele gab es denn von Ihnen auf der Rechten, die damals nicht sagten, das Rheinland ist verloren? Wer war es denn, der damals die Parole von der Versackungspolitik ausgab? **Wir Sozialdemokraten waren es, die sich dieser Politik der Verzweiflung mit allen Mitteln entgegengeworfen** und erklärt haben: Wenn es um das wertvollste Glied des deutschen Volkes geht, dann dürfen finanzielle Erwägungen nicht ausschlaggebend sein, dann muß dem Rheinland geholfen werden, dann dürfen wir diesen

Durch Kampf zum Sieg!

An die Parteimitglieder im Bezirk.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Immer deutlicher wird aus den Verhandlungen im Reichstage erkennbar, daß die Deutschnationalen in trauter Gemeinschaft mit den Völkischen und Kommunisten der Durchführung des Sachverständigengutachtens und des in London getroffenen Abkommens ihre Zustimmung verweigern werden. Die zur Verabschiedung des Gesetzes über die Reichsbahn notwendige Zweidrittelmehrheit wird demzufolge im Reichstag nicht erreicht. Im Interesse des deutschen Volkes und auf Grund ihrer eigenen Erklärungen bleibt deshalb der Reichsregierung kein anderer Weg, als den Reichstag aufzulösen und erneut an die Wähler zu appellieren.

Die Partei steht also vor einem neuen, großen und entscheidenden Wahlkampfe, vor einem Kampfe, den wir nicht fürchten, dem wir vielmehr mit Siegeszuversicht entgegensehen.

Wir sind überzeugt, daß diesmal die Wähler, wenn sie zur Entscheidung aufgerufen werden, eine gründliche Generalabrechnung mit den Volksverderbern vornehmen werden. In schamloser Weise haben die Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten die Wählermassen bei den letzten Wahlen irregeführt und belogen und dadurch Erfolge erzielt. Jetzt zeigt sich aber, daß sie diese Erfolge und das ihnen leider von vielen Wählern geschenkte Vertrauen schnöde mißbrauchen und die Volksinteressen mit Füßen treten.

Das hat bei den Wählermassen die Erkenntnis geschaffen, daß der jetzige Reichstag arbeitsunfähig ist und daß das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft durch die Politik dieser Parteien in den Abgrund gestoßen werden. Bei einer neuen Entscheidung der Wähler wird das klar zum Ausdruck kommen, nicht ein zweites Mal wird es den Volksbetrügern gelingen, das Volk irrezuführen.

Klare Bahn muß auch geschaffen werden, die republik- und arbeiterfeindlichen Elemente müssen aus ihren jetzigen Positionen verschwinden, erst dann wird Deutschland gesunden und für die Arbeiterklasse die Möglichkeit geschaffen sein, den sozialistischen Kampf erfolgreich zu führen.

Wir rufen unsere Parteimitglieder in Stadt und Land zum neuen Kampfe auf.

Wir sind gewiß, daß alle Mitglieder freudig und begeistert ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen werden und den Kampf führen mit dem Bewußtsein, daß diesmal größere politische Erfolge erzielt werden müssen, als bei der letzten Wahl.

Neue Positionen müssen errungen werden, groß und mächtig muß die Sozialdemokratie aus dem Kampfe hervorgehen.

Die Unterbezirke und Ortsvereine fordern wir auf,

sofort alle Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen.

Jede Stunde zum Schlage bereit, muß die Organisation dastehen. Die Funktionäre und alle Parteimitglieder haben die Pflicht, bei den Vorbereitungen die tatkräftigste Mitarbeit zu leisten.

Die Bezirksleitung ist zum Kampfe gerüstet; sie wird unverzüglich den Organisationen alles notwendige Material zustellen und weitere Anweisungen ergehen lassen, sobald die Entscheidung gefallen ist.

Parteigenossen und -genossinnen! Ein schwerer Kampf steht uns bevor. Zeigt Euch der Situation gewachsen. Trefft die notwendigen Maßnahmen, schärft die Waffen, damit wir den Wahlkampf siegreich bestehen.

Die Bezirksleitung der SPD. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408261-13/fragment/page=0001

Kampf nicht aufgeben. Unser Nationalbewußtsein geht eben dahin, daß wir, wenn es sich auf der einen Seite um Opfer an Gut und auf der andern Seite um Opfer an Land und deutschen Leuten handelt, meinen, die Opfer an Gut müssen gebracht werden, auch wenn sie noch so groß sind. Wenn der passive Widerstand abgebrochen werden mußte, so war es für uns doch deshalb eine so furchtbar schwere Entscheidung, weil wir genau wußten, was das angesichts der damaligen Lage bedeutete.

Keiner von uns leugnet, daß die uns auferlegten Opfer im Sachverständigengutachten schwer, vielleicht zu schwer sind. Aber was hatten wir damals zu erwarten? Ich rede da nicht von denjenigen, die der Auffassung waren, daß die Franzosen Rhein und Ruhr nie mehr herausgeben würden; ich rede auch nicht von jenen, die den Annexionismus Frankreichs als eine unerschütterliche Tatsache behaupten. Gerade Sie wieder (nach rechts) waren es, die damals so hoffnungsvoll waren. Aber wir haben ja von Poincaré selbst die Dokumente, worin er seine Politik darlegt. Während der Agonie des passiven Widerstandes hat Poincaré seine Botschafter in London und Italien genau über das unterrichtet, **was zu geschehen hat, wenn Deutschland zusammengebrochen sei, wenn der passive Widerstand aufgehört haben wird.** Es ist ungeheuer interessant, diese Forderungen Poincarés zu vergleichen mit den Forderungen, die jetzt an uns gestellt werden. Damals hat Herr Poincaré verlangt, daß die Eisenbahnen am linken Rheinufer dauernd überführt werden sollen in eine Gesellschaft, in der die Franzosen, Engländer, Belgier und, wie er höhnend hinzufügt, Rheinländer, also rheinische Separatisten, vertreten sein sollen. Dauernd sollten die Bahnen, die wir jetzt zurückbekommen, in der Hand einer solchen interalliierten Gesellschaft sein. Poincaré legte gerade auf diesen Punkt das größte Gewicht, weil er erklärte: **Das ist die eigentliche Sicherheit für Frankreich.** Kein Zweifel, die Rheinlande wären politisch vielleicht nicht annektiert worden, aber diese einzige Bestimmung allein bedeutete schon **die wirtschaftliche Annexion und die politische Souveränität Frankreichs über das Rheinland.** Poincaré forderte damals weiter als Anzahlung für die künftigen Reparationsleistungen die Expropriation und die **Konfiskation einer Anzahl von Kohlenzechen,** die ebenfalls in eine solche interalliierte Gesellschaft eingebracht werden sollten. Er forderte ferner die **Erhebung der Zölle in Gold,** die Ablieferung an die Alliierten und außerdem 26 Prozent der Exportdevisen bei einer Anzahl der wichtigsten deutschen Industrien. Und

was hätten wir bei Erfüllung dieser Forderungen erwarten dürfen?

Poincaré erklärte: **Fortdauer der Okkupation auf unbestimmte Zeit und allmähliche Räumung nur nach Maßgabe der Zahlung der Milliarden.** (Hört, hört! bei den Soz.) Es steht in dem Dokument vom 23. Juni: Wenn X-Milliarden geleistet sein werden, dann kann die erste Etappe der Räumung beginnen. **Keine Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen.**

Das war die Situation vor einem Jahre: Die völlige Verzweiflung im Innern, der völlige wirtschaftliche Verfall und eine Außenpolitik, die tatsächlich bedeutet hätte wenn nicht den politischen, so doch den wirtschaftlichen Verlust von Rheinland und Ruhr.

Und wenn sich heute die Situation geändert hat, so wirklich nicht wegen des Einflusses der Deutschnationalen auf die internationale Politik. Sie hat sich **geändert, weil in England der Aufstieg der Arbeiterklasse erfolgt ist,** weil Mac Donald und nicht mehr die konservative Regierung in England am Ruder ist und weil **dieser Aufstieg der englischen Arbeiterpartei der französischen Demokratie erst die Stoßkraft geben sollte, um Poincaré zu beseitigen.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Mit diesen beiden großen Tatsachen des Aufstiegs der englischen Arbeiterpartei und des Sieges der französischen Demokratie ist überhaupt erst eine Grundlage geschaffen worden zu Vereinbarungen, zum Zusammentritt einer Konferenz.**

In diesem Augenblick, nachdem diese Vorbedingungen erfüllt sind, kommen jetzt die Deutschnationalen und sagen: Warum bringt uns nicht die englische Arbeiterpartei, warum bringt uns nicht die französische Demokratie noch über alles das hinaus, wozu sie sich verpflichtet haben, alles das, was wir nur wünschen? Sie bringt uns nicht das wegen der Schwäche der Demokratie, aber gerade Sie (z. d. Dn.) sind ja diejenigen, welche überall in Deutschland wie außerhalb die größte Schwächung der Demokratie als ihr politisches Glaubensbekenntnis verfechten. Der dritte Grund ist die

Aenderung der Situation in Amerika

in ökonomischer und politischer Hinsicht. In ökonomischer Hinsicht, weil man auch in den Vereinigten Staaten seit der Depression erkannt hat, daß die europäischen Märkte unentbehrlich sind. Aber gerade diese amerikanische Lage ist nur eine vorübergehende, ist namentlich ökonomisch durch die augenblicklich herrschende Depression bedingt, die es den amerikanischen Banken so wünschenswert erscheinen läßt, ihre überflüssigen Gelder in Europa anzulegen. Zu warten, bis die amerikanischen Wahlen vorüber sind, bis eine neue Prosperität die amerikanischen Banken ihrer ökonomischen Sorgen enthebt, das ist nicht eine Politik, die wirklich verantwortlich ist, sondern das ist **ein Spiel mit den deutschen Interessen.** Wir stehen durchaus nicht an zu sagen, daß **auch uns die Londoner Lösung nicht befriedigt.**

Sie ist keine sozialistische Lösung, sie ist keine Lösung vom Standpunkt der Arbeiterklasse

aus. Wir haben immer die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld gefordert, wir haben bei den Konferenzen von Frankfurt bis Amsterdam immer wieder erklärt, daß **die deutsche Verpflichtung auf denjenigen Betrag eingeschränkt werden muß, der wirklich zum Aufbau der zerstörten Gebiete notwendig ist,** alle anderen Beträge, namentlich die für die Militärpensionen, gestrichen werden müssen. **Trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengutachtens würde ein Scheitern nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise aufs schlimmste verschärft.** Unter diesen Umständen ist **die Durchführung des Planes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.** „Unmittelbar mögliche Lösung", das sagt bereits, daß auch wir in dem Sachverständigenplan, in dem Ergebnis der Londoner Konferenz nicht irgendwie ein **definitives Ende sehen,** sondern

den Anfang zu neuen Fortschritten,

den Anfang auch zu **neuen Verhandlungen, die die Probleme lösen müssen, die übrig gelassen worden sind.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber wir sind allerdings der Auffassung, daß **diese neuen Verhandlungen nur erfolgen können, wenn jetzt der erste Schritt zum Frieden gemacht wird,** weil wir sonst nicht in irgendeiner absehbaren Zeit, sondern in Verhältnisse, die niemand voraussehen kann, unter viel ungünstigeren Umständen aufs neue denselben Weg noch einmal gehen müßten, den wir in diesen letzten schrecklichen Jahren gegangen sind. Ich habe schon gesagt, wir verkennen durchaus nicht, daß das Gutachten eine schwere Belastung bedeutet, und wir sagen den Arbeitern auch ganz offen: Es besteht die Gefahr, daß vieles von den Lasten auf Euch abgebürdet wird. Aber wir fügen hinzu: Noch nie waren Eure Kampfbedingungen ungünstiger, noch nie war die Aussicht auf Erfolg geringer, nie war es schwerer, bereits Errungenes, wie den Achtstundentag, aufrechtzuerhalten, als in den schrecklichen Zeiten der Inflation. **Diese Zeiten würden mit aller Sicherheit wiederkehren. Eure Kampfbedingungen würden sich ungeheuer mehr verschlechtern,** wenn jetzt wiederum dieser Versuch des Friedens zerbrechen würde, wenn wir eine neue Inflation, **eine neue Schwächung der Arbeiterorganisationen, eine neue psychische Depression der gesamten Arbeiterschaft erleben müßten.**

Ist es richtig, daß die Annahme des Dawes-Gutachtens eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet? Es ist sehr merkwürdig, vor wenigen Monaten, als die Regierung noch nicht den größten Teil der Micumlasten auf die Staatskasse übernommen hatte, da hörten wir, daß diese Lasten etwas Fürchterliches seien und darunter die gesamte Wirtschaft in kurzer **Zeit erliegen würde.** Die Micum-Zahlungen aus der Staatskasse haben die Industrie sehr beruhigt. Aber geben sie uns, den Politikern, das Recht, deswegen beruhigt zu sein? **Welcher Art sind denn diese Micumlasten?** Vor der Milderung der Micumverträge ergeben sich für Kohlen- und Kokslieferungen allein 450 bis 500 Millionen Goldmark. Dazu kamen 260 bis 300 Millionen aus der Kohlensteuer, außerdem die Belastungen aus Braunkohle, Eisen, Farben, Düngemittel usw. Ferner die Zollabgaben und Verbrauchsabgaben an der besetzten Westgrenze, etwa 300 Millionen jährlich, die uns entgingen. Dazu kamen die Ausfuhrabgaben und Zwischenzölle, etwa 100 Millionen. Dazu kam der Ausfall aus der Reichseisenbahn. Wenn ich bloß diese Zahlen zusammenrechne, so ergibt sich daraus die Last von mindestens

einer Milliarde Goldmark allein aus den Micumverträgen.

Schließlich aber bedeuten diese Micumverträge und die Zollabschnürung eine **Verteuerung der Produktionskosten der gesamten Wirtschaft,** steigende Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Weltmarkt. Es ergibt sich also ein Vielfaches der von mir angegebenen Zahlen, wenn wir die Micumverträge volkswirtschaftlich richtig werten wollen. Aber auch damit sind die Lasten noch nicht erledigt. In dem Haushaltsplan sind für die Ausführung des Friedensvertrages für Besatzungskosten, Kommissionen usw. **640 Millionen Goldmark** eingesetzt. Wir haben in dem ersten Halbjahr, vom 1. Oktober bis 31. März, bereits **rund 450 Millionen für die Ausführung des Friedensvertrages ausgegeben.** Die Regierung hatte dem Auswärtigen Ausschuß versichert, daß **diese Lasten jährlich eine Milliarde ausmachen. Wir bezahlen also augenblicklich ohne irgendeine Unterstützung durch eine Anleihe, ohne irgendeine Sicherung für die Zukunft mehr als 2 Milliarden im Jahr.**

Wer zweifelt daran, daß, wenn die Londoner Vereinbarungen scheitern, **diese Drossel der Micumverträge sofort zugeschnürt wird** und dann tatsächlich nach den Plänen, die in Frankreich fertig in den Archiven liegen, das **Rhein- und Ruhrgebiet noch ganz anders zur Reparationsprovinz gemacht wird.** Es ist also wirklich eine Demagogie, die nur bei der großen politischen Verwirrung in Deutschland möglich ist, wenn Herr Hergt sich hier hinstellt und sagt, es gehe uns jetzt so gut, also lehnen wir ab. Die Stellungnahme der Deutschnationalen ist um so interessanter, als sich **der Dawes-Plan vorteilhaft von dem Angebot der Regierung Cuno unterscheidet, das nie überreicht worden wäre, wenn die Regierung Cuno nicht die Zustimmung der Deutschnationalen dafür gehabt hätte.**

Was bedeutet das Angebot der Regierung Cuno?

Zum ersten Male ist damit den Alliierten **von deutscher Seite die Pfandidee entgegengebracht** worden, und zwar wiederum **zum ersten Male die Verpfändung der Eisenbahn. 10 Milliarden** sollten **als Pfand auf die Eisenbahn** gelegt werden, **10 Milliarden sollte die Wirtschaft aufbringen,** und **die Zölle und die indirekten Steuern,** die jetzt aus dem Dawes-Plan haften sollen, wurden **damals ebenfalls haftbar gemacht,** und ihr Ertrag wurde unter Berufung auf den Friedensvertrag mit **800 Millionen** angegeben. Damals waren wir Sozialdemokraten die einzigen, die in den Vorbesprechungen **die Regierung Cuno dringend gewarnt haben, die Eisenbahn zu verpfänden.** Wir haben das getan, weil wir fürchteten, daß diese Verpfändung der Eisenbahn wie jede Verpfändung eine Kontrolle nach sich führen würde. Damals hat die Regierung Cuno zweierlei erwidert: einmal ständen die Sozialdemokraten mit dieser Warung allein, zweitens sei **ohne eine Verpfändung der Eisenbahn keine amerikanische Anleihe zu haben, die Verpfändung sei unbedingt notwendig.** Ich wiederhole: Gerade uns ist es am allerschwersten geworden, uns dem Zwange zu fügen, daß die Eisenbahn als Pfand gegeben werden sollte. **Das Angebot Cuno bedeutet insgesamt ein Angebot von 1800 Millionen, aber nur als Reparationszahlung. Alle anderen Kosten aus dem Friedensvertrage blieben bestehen, so daß das Angebot der Regierung Cuno eine Summe von über 2½ Milliarden jährlich bedeutete. (Hört, hört! b. d. Soz.)**

Herr Hergt hat uns hier gesagt, daß das Erschütterndste für ihn die Finanzkontrolle war, die jetzt über Deutschland errichtet werden soll. Ich bin außerordentlich erstaunt, daß Herr Hergt heute noch nicht von der weitaus erschütternderen Tatsache Kenntnis genommen hat, daß wir **seit Annahme des Londoner Ultimatums unter einer viel härteren, unter einer viel ausgedehnteren, unter einer viel völligeren Finanzkontrolle gestanden** haben. (Sehr richtig! links.) Ich verstehe nicht, wie man das nicht wissen kann. Unter den Reichstagsdrucksachen finden wir den ganzen Schriftwechsel zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung. Das Ergebnis war, daß das Garantiekomitee das Recht zugestanden erhalten hat, über alle Gesetze und Verordnungen sofort Vorlage zu bekommen, bei den Gesetzen gleichzeitig mit der Vorlage an den Reichstag, daß dem Garantiekomitee zugestanden ist die vollständige Kontrolle der Ausgaben und aller Einnahmen, dazu das Vorschlagsrecht für alle finanziellen Maßnahmen. Es gab einige Herren, die darüber im Auswärtigen Ausschuß sehr erstaunt waren und meinten, das sei nicht wirksam geworden. Diese Dinge sind so wirksam gewesen, daß zum Beispiel das Garantiekomitee die Richtlinien für den Gesetzentwurf über die Kapitalflucht damals in Deutschland bis ins einzelne vorgeschrieben hat. (Hört, hört! links.) Der Rechtszustand und der tatsächliche Zustand, wie er bis zum vollständigen Verfall unserer Währung und unseres Budgets gewesen ist, ist der, daß das Garantiekomitee, d. h. die Reparationskommission, eine vollständige uneingeschränkte Finanzkontrolle über das deutsche Reichsbudget, über die deutschen Länder und die deutschen Kommunen hat. Nun ist **Herr Hergt erschüttert, weil diese Kontrolle eingeschränkt, abgebaut und im wesentlichen beseitigt wird.** Sie wird beseitigt: Keine ausländische Instanz hat sich mehr in die allgemeinen Ausgaben des Deutschen Reiches einzumischen. Sie wird beseitigt: Keine einzige der direkten Steuern unterliegt einer auswärtigen Kontrolle. Die Finanzkontrolle wird beschränkt auf den richtigen Eingang der verpfändeten Zölle und Steuern. Sie wird in einer solchen Weise festgelegt, daß man sagen kann, daß nach allem menschlichen Ermessen die Finanzkontrolle über Zölle und über die indirekten Steuern nie wirksam werden kann, weil selbst jetzt, bei dem Tiefstand unserer wirtschaftlichen Situation, die Einnahmen aus den Zöllen und verpfändeten Steuern größer sind als die Summe, die abzuführen ist, größer als die 1250 Millionen, weil, solange diese Einnahmen fließen, irgendeine Wirksamkeit der Finanzkontrolle überhaupt ausgeschlossen ist. Ich habe schon gesagt,

die Regierung Cuno war es, die mit deutschnationaler Zustimmung die Eisenbahn als Pfand angeboten hat.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Anbietung eines Pfandes an das Ausland zugleich bedeutet die Kontrolle dieses Pfandes und den Verfall des Pfandes bei Nichterfüllung. Etwas anderes bedeutet Pfand nicht. Kein einziger, der an den Verhandlungen mit der Regierung Cuno teilgenommen hat — und die Deutschnationalen waren die eifrigsten — konnte zweifeln, daß diese Verpfändung und damit zugleich die Kontrolle angeboten ist. Aber wie steht jetzt die Sachlage bei der Verpfändung der Eisenbahn? Wir haben seinerzeit gegen die **Stinnesierung der Reichsbahnen gekämpft, von einer Unterstützung der Deutschnationalen haben wir damals aber nicht das geringste bemerkt.** (Zustimmung b. d. Soz.) Dabei bestand damals schon der Plan, die deutschen Eisenbahnen nach der Stinnesierung in ein großes mitteleuropäisches internationales System einzugliedern. Jetzt besteht über zweierlei Dinge Gewißheit. **Erstens bleiben die Reichsbahnen Eigentum des Reiches. Sie werden nach dreißig Jahren wieder frei.** Diese Frist können wir verkürzen, wenn wir die Obligationen rascher tilgen oder **die Aktien zurückkaufen.** Die Tarifhoheit des Reiches ist außerordentlich weit gesichert. Die Lösung, die für eine Notenbank, für eine Diskontbank gefunden worden ist, läßt auf der anderen Seite absolut sicheren und genügend freien Spielraum zu. Die Transferbestimmung sieht vor, daß alle deutschen Zahlungen nur in **deutscher Währung geleistet zu** werden brauchen; ihre **Uebertragung ins Ausland kann nur erfolgen,** wenn keine Erschütterung der deutschen **Währung erfolgt.** Diese Bestimmung ist die beherrschende des ganzen Gutachtens. Würden die zu zahlenden 2,5 **Milliarden** eine übergroße, unerschwingliche Last sein, dann müßte sich das letztlich äußern in einer Erschütterung unserer Währung, was nach den Bestimmungen des Gutachtens **zur Folge haben würde, daß weitere Zahlungen ermäßigt oder eingestellt werden. Durch die Transferbestimmungen** haben wir die Möglichkeit, in dem Moment, in dem die Währung erschüttert ist, sofort eine Herabsetzung unserer Last zu verlangen. **Hier ist die Basis für neue Verhandlungen geschaffen. Das Gutachten ist daher die Grundlage für die Fortsetzung der Friedensarbeit,** die für uns nicht mit dem Tage der Annahme aufhört. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das wird eine Arbeit auf Jahre und Jahrzehnte hinaus sein, bis die Völker verstehen, ihr politisches Geschick selbst zu beherrschen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Pflicht derjenigen, die das Gutachten ablehnen, ist es, uns **einen anderen Weg zu zeigen.** (Sehr richtig!) Das deutsche Volk hat nicht die geringste Andeutung darüber gehört, wie sich Herr Hergt den anderen Weg vorstellt. Derjenige handelt nicht als Führer einer verantwortungsvollen Opposition, der uns diesen Weg nicht zeigen kann. (Sehr wahr!) **Unsere Wirtschaft hält sich gegenwärtig nur deswegen überhaupt in Bewegung, weil etwas über 1½ Milliarden ausländische kurzfristige Kredite in Deutschland arbeiten, die bei einem Scheitern des Dawes-Gutachtens zurückgezogen werden.** Dann bekommen wir einen absoluten Stillstand unserer Wirtschaft wie vor einem Jahre. Nicht nur die Regierungen der anderen Staaten,

die gesamte öffentliche Meinung der Welt werden wir gegen uns bekommen, wenn die Verständigung jetzt an unserem Widerstand scheitert.

Die Isolierung, in die wir gerieten, würde uns nicht nur die Verhandlungsbereitschaft in London und Paris kosten, sondern auch jede amerikanische Unterstützung für lange Zeit unmöglich machen. **Die deutschnationale Außenpolitik bedeutet ein Hasardspiel, bei dem der Einsatz nicht weniger ist als die Integrität Deutschland und die Rheinprovinz.**

Die Stellung der Kommunisten — der deutschen und der französischen — wird stark beeinflußt durch die Meinung jener Abteilung der russischen Regierung, die unter dem Pseudonym „Kommunistische Internationale" bekannt ist. Die russische Regierung hat eher Aussicht, gewisse Zugeständnisse und gewisse Anleihen zu bekommen, wenn der Zwiespalt zwischen den Westmächten und Deutschland offen gehalten bleibt, als wenn ein vernünftiger europäischer Zustand hergestellt wird. Die Deutschnationalen können sich nicht beklagen, daß die Regierung für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Anhänger nichts getan hat. Die Reichsbank hat **der deutschen Landwirtschaft 800 Millionen Kredite gegeben,** die Preußen um weitere 200 Millionen vermehrt hat. Um den Deutschnationalen ihre Politik zu erleichtern, hat die Mehrheit des Kabinetts auf **beschleunigte Verabschiedung der Zollvorlage gedrängt. Wir hoffen** und wollen, daß auch die Deutschnationalen so viel Verantwortungsgefühl zeigen, um zur Annahme des Gutachtens zu kommen. Aber der Preis des Bürgerblocks wäre uns doch zu hoch für diese Annahme, da er das ganze Friedenswerk gefährdet. **Deutschnationale Gewaltpolitiker in der Regierung müssen das schärfste Mißtrauen aller Völker, aller demokratischen und sozialistischen Parteien hervorrufen.**

Durch den Bürgerblock wird das Friedenswerk auch wirtschaftlich gefährdet.

Eine Regierung des Bürgerblocks würde in die kommenden handelspolitischen Verhandlungen nicht den Handelsgeist, sondern den Hochschutzzollgeist hineintragen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In London, wo die Schwerindustrie stark vertreten gewesen ist, scheinen manche Schwerindustriellen die Auffassung vertreten zu haben: **Lieber zehn Wochen Besatzung länger, als 10 Pfennig Eisenzoll weniger.** (Hört, hört! b. d. Soz.) Ist das Nationalbewußtsein? **Wir werden großen Wert darauf legen, daß das politische Friedenswerk nicht gestört wird durch Ueberspannung wirtschaftlicher Sonderinteressen.** Wenn die Deutschnationalen nicht annehmen, dann hat der Reichstag gezeigt, daß er arbeitsunfähig ist, daß er weg muß. **Dann brauchen wir den Wahlkampf, damit diese ernste und wichtige Entscheidung vom Volke selbst gefällt wird.** (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) **Dann muß die Demokratie angewandt werden, auch damit sie das Volk gebrauchen lernt. Dieser Reichstag spiegelt die wirkliche Meinung des Volkes nicht wider.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Er muß verschwinden. Wir wollen den Kampf für die Festigung der politischen Demokratie, für die wirtschaftliche Demokratie, für den Sozialismus, vor allem aber jetzt den Kampf für den Friedensbund der freien und demokratischen Nationen. Und wir werden siegen!** (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Präsident Wallraf erteilt nachträglich einigen Nationalsozialisten Ordnungsrufe, die den Abg. Hilferding mit dem Ruf: „Saujude!" beschimpft haben.

Abg. Dr. Kaas (Ztr.): Gegenüber der bisherigen Rechtslage sind in London zweifellos unbestreitbare Verbesserungen erreicht worden. Die Opposition hat in keiner Weise bessere Wege zeigen können. Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Dawes-Gutachtens in einzelnen Teilen werden meine Freunde die Haltung der Regierung billigen und die Vorlagen annehmen. Die Opposition der Deutschnationalen dient nur dem Zweck, größere innerpolitische Vorteile herauszuschlagen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frau Golke (Ruth Fischer, Komm.): Wir Kommunisten bekämpfen das Londoner Abkommen, weil wir den Weltkapitalismus bekämpfen. Für die deutsche Arbeiterklasse gibt es nur die eine Lösung: statt des Duckens unter das Joch der Kapitalistenstaaten ein Bündnis mit Rußland. (Gelächter.) Rettung bringt nicht London, Rettung bringt Moskau! (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Curtius (DVp.): Wir halten eine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Wir werden einstimmig die Regierungsvorlagen annehmen. London darf nicht ein Abschluß sein. Die Annahme des Dawes-Gutachtens ist entschieden das kleinere Uebel. Die Räumung der Dortmunder Zone bedeutet eine wichtige erste Etappe der Ruhrräumung. Ruhr und Rhein sind die wirtschaftlichen Herzkammern Deutschlands. Wir wollen als ganzes Reich die Lasten der bisherigen Reparationsprovinz übernehmen. Nur so können wir den deutschen Rhein und die deutsche Freiheit wiedergewinnen. (Lebh. Beifall b. d. DVp.)

Abg. Wulle (Nat.-Soz.): Das Londoner Abkommen ist ein zweites Versailles. Die Nationalsozialisten lehnen einmütig die Gesetzentwürfe ab. (Heil-Rufe der Nat.-Soz.)

Abg. Erkelenz (Dem.): Die jetzige politische Situation beweist, daß **niemand so international ist wie die Nationalisten. Die nationalistischen Hetzer in Frankreich und Deutschland arbeiten einander in die Hände.** Aber die Völker sind der zehnjährigen Hetze müde. Wie Poincaré in Frankreich, so haben auch die deutschen Nationalisten abgewirtschaftet. Wir Rheinländer sind den Herren, die in London verhandelt haben, zum allergrößten Dank verpflichtet. Die Rede Hergts zeigt die ostjunkerliche Einstellung seiner Partei. Er hat den Westen und das besetzte Gebiet preisgegeben. Wir betrachten das Londoner Abkommen als eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft.

Reichskanzler Marx:

Der Abg. Hergt hat Angriffe gegen die Person des Reichspräsidenten gerichtet, die ich aufs tiefste beklage. Man kann aus den Ausführungen Hergts den Schluß ziehen, er habe dem Reichspräsidenten vorgeworfen, daß er bei seinen Maßnahmen und Entschließungen sich nicht lediglich von sachlichen, sondern von parteipolitischen Gründen leiten lasse. Dagegen muß ich den allerschärfsten Protest erheben. Es wird niemandem gelingen, für diese unwahre Behauptung einen Beweis zu erbringen. Gerade die Partei, die so gern für die Autorität des Staates eintritt, sollte in erster Linie dafür sorgen, daß die Staatsautorität erhalten wird, indem sie nicht in dieser Weise gegen die Person vorgeht, die den Staat repräsentiert. Wenn die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot befreit werden soll, von der Opposition nicht beantwortet werden kann, dann verbitte ich mir die Kritik. (Große Unruhe rechts.) Solange die Herren nicht in der Lage sind, einen besseren Weg vorzuschlagen, sage ich, wir billigen das Dawes-Gutachten in der Hoffnung, daß es uns auch eine wirtschaftliche Besserung bringen wird. **Es gehört ein starkes Stück dazu, wenn Abg. Wulle die**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240826 1-13/fragment/page=0002

Behauptung aufstellt, wir hätten keine Urkunde über die Bereitwilligkeit Herriots über die Räumung des Ruhrgebietes mit nach Hause gebracht. In den Akten des Auswärtigen Amtes befindet sich ein Brief Herriots und MacDonalds, in dem die Räumung des Ruhrgebietes in zwölf Monaten zugesagt wird. Dieser Brief ist von mir angenommen worden. (Der Reichskanzler verliest den Brief.) Auf der andern Seite befindet sich ein Memorandum der deutschen Regierung, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß die beiden Ministerpräsidenten sich der Räumung der rechtsrheinisch besetzten Gebiete gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes nicht widersetzen werden. Dieses Memorandum ist von den beiden Ministerpräsidenten unbeantwortet geblieben, sie haben ihm also zugestimmt. Wir lagen Wert darauf, dem deutschen Volke über unsere Lage volle Klarheit zu verschaffen. Das deutsche Volk hat darunter gelitten, daß das nicht immer geschehen ist. (Lebh. Zustimmung.) **Durch Fanfaren und Trompetengeschmetter wollte man das Volk in eine Begeisterung treiben, die unmöglich anhalten konnte.** Ich sage nochmals ganz offen: Ich sehe die Entwicklung der Dinge außerordentlich pessimistisch an, wenn das Dawes-Gutachten abgelehnt wird und der Londoner Vertrag dadurch scheitert. Dann scheint mir allerdings alles aus zu sein. Zu der Hoffnung auf neue Verhandlungen gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. (Lärm rechts.) Die Ablehnung des französischen Räumungsvorschlages in London hätte eine geschlossene Einheitsfront der Alliierten gegen uns geschaffen. Das ist uns in London überzeugend klargemacht worden. **Nicht die deutsche Regierung schließt die allierte Front zusammen, das geschieht vielmehr durch Reden, wie die des Herrn Walle. Die Nationalisten im französischen Parlament und im Deutschen Reichstag werfen sich gegenseitig den Ball zu.** (Lärm rechts.) Eines muß ich den Nationalsozialisten sagen: **Wenn sie mit ihrer Agitation, die sie in den letzten Wochen getrieben haben, weiter fortfahren . . . .** (Die nächsten Worte des Reichskanzlers gehen unter im tobenden Lärm, die die Nationalsozialisten mit drohend erhobenen Fäusten vollführen. Man hört nur Rufe: **„Wir geben den Kampf nicht auf! Wir nehmen den Kampf auf!“** Erst nach geraumer Zeit fügen sich die Nationalsozialisten der Mahnung des Vizepräsidenten Dr. Rießer, die Plätze wiedereinzunehmen.) Der Reichskanzler fährt fort: Wir haben freiwillig unterschrieben, und wir sind bereit, am nächsten Sonnabend freiwillig zu unterzeichnen (Hört, hört!), weil wir damit den Weg bereiten zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands und zur Befreiung eines großen Teiles der besetzten Gebiete. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Mit den zustimmenden Erklärungen der Vertreter der Bayer. Volkspartei und der Wirtschaftspartei und nach ablehnenden Ausführungen des Deutschsozialen Kunz schloß die erste Beratung der Vorlage. Abg. Wulle (Nat.-Soz.) kündigte für Dienstag einen Antrag auf öffentlichen Anschlag der zweiten Reichskanzlerrede an. Ein kommunistischer Antrag auf Ausschußberatung konnte nicht zur Abstimmung gelangen, da die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt wurde. Um 12 Uhr nachts vertagte das Haus die 2. Beratung auf heute vormittag 11 Uhr.

*

Donnerstag Entscheidung.

Die Zollvorlage als Belohnung für deutschnationale Hilfe.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß, die erste Lesung der Vorlagen zur Londoner Konferenz am Montag zu Ende zu führen. Am Dienstag soll die zweite Lesung und die Einzelberatung der verschiedenen Gesetzentwürfe folgen. Die dritte Lesung wird am Donnerstag stattfinden. Als Abschluß folgen die entscheidenden Abstimmungen, von deren Ausgang es abhängen wird, ob der Reichstag aufgelöst wird oder nicht. Erfolgt die Annahme der Gesetze, so wird der Reichstag noch das Arbeitszeitgesetz und das Zollgesetz mit der Umsatzsteuervorlage, voraussichtlich allerdings nur in erster Lesung, noch in Angriff nehmen.

Die Stimme der Ruhrbergarbeiter.

Bochum, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die „Bergarbeiter-Zeitung“, nimmt zu den Verhandlungen in London Stellung und fordert die Annahme des Vertrages. In der Begründung dieser Forderung heißt es u. a.:

„Die Ruhrbergarbeiter haben ganz besonders hart die würgende Faust wirtschaftlicher Diktate und Sanktionen zu fühlen bekommen. Noch bis in die letzte Zeit hinein zuckten die Wetterfrachten der sozialpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Monatelange Arbeitslosigkeit verursachte noch heute der Ruhrbevölkerung das Dasein. Niedrige Löhne und allgemeiner Wirtschaftsdruck haben in den Bergarbeitern die Erkenntnis aufdämmern lassen, daß der Weg aus dem Chaos nicht mit der Kur weiterer wirtschaftlicher Beunruhigung, sondern nur mit dem Mittel ehrlicher Verständigung zwischen den Völkern gefunden werden kann.“

Bochum, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Kreisvorstand der Sozialdemokratischen Partei von Bochum und Gelsenkirchen sandte folgendes Telegramm an die Reichsregierung:

„Die Sozialdemokratische Partei des Bezirkes Bochum, Gelsenkirchen, Herne, Hattingen und Witten ersucht die Parteien des Reichstages dringend, **das Londoner Abkommen anzunehmen und dadurch zu ermöglichen, das furchtbare Elend der hiesigen Arbeiterschaft und des Mittelstandes zu mildern.** Der augenblickliche Zustand erdrückt nicht nur jedes politische Eigenleben der Bevölkerung, sondern führt auch **immer tiefer in die unerträgliche wirtschaftliche Katastrophe hinein.** Sollte entgegen aller Ermahnungen der besetzten Gebiete der Reichstag jedoch die notwendige Zweidrittelmehrheit dem Londoner Pakt versagen, dann verlangen wir unverzügliche Neuwahlen zum Reichsparlament.“

Abbau der Micum.

Essen, 26. August. (Radiomeldung.)

Die Micumkommission hat in Essen von nun an nur noch die Lieferungszeiten und die zu liefernden Kohlensorten zu bestimmen. Die weittragende Kontrolle der Produktion, die bisher die Hauptaufgabe der Micum war, fällt fort. Bezüglich der deutschen Kohlenlieferungen tritt danach das gleiche System wieder ein wie es nach der Konferenz von Spaa geschaffen worden war.

Die Zollvorlage eingebracht.

Der Kampf wird sofort aufgenommen.

Berlin, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag ist im Reichstage doch die Zollvorlage eingebracht worden. Anfänglich hatte der demokratische Reichswirtschaftsminister Hammer die Unterschrift verweigert, sie aber am Sonntag doch gegeben, um die drohende Ministerkrise zu vermeiden. Die demokratische Fraktion hat gleichzeitig bei der Reichsregierung gegen die Uebermittlung der Vorlage an den Reichstag entschieden protestiert.

*

Wenn wir uns auch der Bedeutung einer Ministerkrise im gegenwärtigen Augenblick, wo die Deutschnationalen mit allen Mitteln versuchen, eine Krise herbeizuführen, bewußt sind, so betrachten wir doch die Haltung des Reichswirtschaftsministers als wenig konsequent. Auch die Versicherung, daß die Zollvorlage vorläufig nicht beraten und erst wochenlang den Ausschuß passieren soll, kann uns nicht im geringsten befriedigen. Wir können nur nochmals wiederholen, daß die Sozialdemokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln den Kampf gegen die Zollvorlage aufnehmen wird.

Kommunisten für London.

Wilhelm Koenen — einst und jetzt.

Halle, 25. August.

Die geriffensten parlamentarischen Schieber der Deutschnationalen bemühen sich trotz der anscheinend so „festen Haltung“ ihrer Fraktion und der fortgesetzten Beteuerung, daß sie nicht umfallen, immer noch um irgendeinen Ausweg, auf dem die Sachverständigengesetze mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, ohne daß die ganze Fraktion offiziell für die Annahme festgelegt wird. Die Kommunisten beteuern indessen in einer besonderen Erklärung, daß sie jede deutschnationale Schiebung verhindern und dafür sorgen werden, daß die Gesetze zu Fall kommen. Aber sicher ist, daß man sich innerhalb der kommunistischen Fraktion ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigt hat, **Abkommandierungen vorzunehmen, die eine Annahme der Gesetze ermöglichen, denn auch den Kommunisten bangt vor einem Wahlkampfe.** Sowohl sie wie unsere schwarzweißroten Volksverderber sind innerlich davon überzeugt, daß es zur Rettung des Volkes tatsächlich **keinen anderen Ausweg gibt als die Annahme der Londoner Abkommen,** aber sie möchten die Verantwortung anderen Parteien überlassen, um noch einmal einige Jahre frisch-fröhliche Demagogie betreiben zu können. Die Völkischen und die Deutschnationalen, indem sie den Dummen, die leider nicht alle werden, geheimnisvoll vorzaubern, sie hätten irgendwelche einstweilen noch geheime Pläne zur Rettung Deutschlands, die sofort offenbart würden, wenn ihre Mitglieder auf den Ministersesseln und Präsidentenstühlen der Republik Platz genommen haben. Die Kommunisten, indem sie glauben, politischen Kindern das Märchen von dem russischen Wunder erzählen zu können, daß eines schönen Tages mit dem Tschingdada der Roten Armee sich das Heil Deutschlands über uns ergießen werde. Kommt es zum Wahlkampf, so wird sich **die sozialistische Front gegen diesen völkisch-nationalistisch-kommunistischen Block politischer Jahrmarktschreier und Wundermänner richten müssen.**

Immerhin können die Deutschnationalen und die Völkischen für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihren Schwindel jahrelang mit ehrlicher Konsequenz vorgetragen haben. Dagegen sind die kommunistischen Führer Koenen, Stöcker, Eichhorn, Malzahn, Katz und sonstige Größen ihrer Partei, soweit sie überhaupt nicht erst seit jüngster Zeit in der Arbeiterbewegung gelandet sind, durch sich selbst zu entlarven. Diese Herren waren im Frühling 1919 samt und sonders führende Mitglieder der damaligen Unabhängigen Partei Deutschlands. Damals stand die deutsche Politik vor einer ähnlichen Entscheidung wie jetzt: Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages, der allerdings ein glattes kapitalistisches Diktat ohne jede Verhandlung mit Deutschland war.

Wie verhielten sich damals die jetzigen Kommunisten?

Sie verlangten mit ihrer gesamten Partei die Unterzeichnung des Versailler Diktatfriedens. Keiner von ihnen hat in der damaligen USP. sich gegen die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages verwahrt. Am 12. Mai 1919 veröffentlichte die „Freiheit“ einen von der Gesamtpartei gebilligten Aufruf des Zentralkomitees der USPD., in dem erklärt wurde, daß nichts anderes übrig bleibe, als sich dem Zwange zu fügen und den Vertrag zu unterzeichnen. Wörtlich heißt es dann:

„Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen, die Besetzung unserer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am fürchterlichsten unter den Folgen zu leiden hätten.“

Das sind Worte, die aufs Haar genau auf die jetzige politische Lage passen. Die heutigen Kommunisten wußten damals auch sehr genau, daß friedliche Verhältnisse für die Machtentwicklung der Arbeiterklasse notwendig sind. In dem Aufruf heißt es nämlich:

„Der Frieden, so hart und drückend er auch sein mag, ist die notwendige Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit sowie für den Aufbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens.“

Keiner der jetzigen Kommunisten — weder der Kreditbewilliger, Durchhalter und Annexionist Otto Kilian, der jetzt tagtäglich im „Klassenkampf“ die Giftpfeile gegen die „reformistischen Schurken“ abfeuert, noch der einzige militärische Sachverständige des „Volksblattes“ Wilhelm Koenen, der nicht müde wurde, der mitteldeutschen Arbeiterschaft klarzumachen, daß sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages, wenn es sein muß, mit dem Generalstreik erzwingen müsse — erhob sich damals gegen die „Verflavung an das internationale Kapital“. Im Gegenteil, die Koenen, Stöcker, Malzahn und Katz sprachen in Berlin und anderwärts begeistert für die bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Ihnen ging die Unterwerfung gar nicht rasch genug. Für zwei der jetzigen Hauptschreier gegen das Londoner Abkommen liegt ihre Stellung zum Versailler Vertrag auch parlamentarisch fest. Wilhelm Koenen, der während der meisten Zeit des Krieges die begeisternden Kommentare zu den amtlichen Heeresberichten schrieb und mit seinen bunten Fähnchen auf der Landkarte mit Hindenburg zusammen die unaufhörlichen Siege erfocht, an denen das deutsche Volk schließlich zugrunde ging, hat als Vertreter des Wahlbezirks Halle-Merseburg **in der Nationalversammlung für den Friedensvertrag von Versailles gestimmt.** Und nicht nur das. Koenen trat damals mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß für die Unterzeichnung die allerschärfsten inneren Kampfmittel ergriffen werden müßten. Die Haltung der Kommunisten, die sich schon durch die gleiche Verantwortungslosigkeit auszeichnete, empfand er als hellen Wahnsinn. Ein anderer kommunistischer Führer, Walter Stöcker, begeisterter Kriegsberichterstatter des Großen Hauptquartiers und späteres Mitglied der Kommunistischen Zentrale, war Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Preußischen Landesversammlung. Diese Fraktion erließ eine Erklärung mit folgenden Kernsätzen:

„Wir fordern eine wesentliche Milderung der Friedensverträge, **aber wir können die Verantwortung nicht übernehmen, den Friedensvorschlag der Entente abzulehnen,** auch wenn er nicht wesentlich gemildert wird. **Wir würden sonst selbst dazu beitragen, daß Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener noch nicht zurückkehren; daß das deutsche Volk dem Hunger und der Arbeitslosigkeit noch mehr ausgeliefert wird.** Die Bourgeoisie weiß sich zu schützen, auch wenn die Massen hungern, diese aber werden dem Elend und der Hungersnot preisgegeben.“

In der Erklärung folgt dann der Ruf an die sozialistische Internationale, der deutschen Arbeiterschaft gegen die Knechtung durch die Ententeländer zu helfen, ein Ruf, der heute noch so notwendig ist, wie damals. Die jetzigen kommunistischen Führer verlangten, um es noch einmal zu betonen, damals sogar den Generalstreik, um die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu zwingen. Durch ihre eigenen Worte ist festgestellt, daß **ihre heutige Politik eine Arbeit gegen die Interessen der Arbeiter ist.**

Die Londoner Abkommen sind nichts anderes als Ausführungsbestimmungen zu wichtigen Teilen des Versailler Friedensvertrages, der mit Hilfe der jetzigen Kommunistenführer Gesetz geworden ist. Ihre Opposition gegen London ist also Heuchelei und Schauspielerei. Hätten sie damit Erfolg, so würden sie die Massen „dem Elend und der Hungersnot preisgegeben“.

Die wahren Gründe.

Ein russischer Fachmann über den Dawes-Plan.

Die deutschen Kommunisten weitern angeblich gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens, weil das die Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an das internationale Kapital bedeuten soll. In Wirklichkeit sind es ganz andere Gründe, die unsere Kommunisten zu dem Geschrei gegen die Londoner Vereinbarungen veranlassen. Immerhin sind auch sie überzeugt, **daß die Annahme des Londoner Konferenzergebnisses langsam zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage** Deutschlands führen muß und damit **die Opposition der Kommunisten hinfällig wird.** Das bestätigt u. a. auch der wirtschaftliche Sachverständige der kommunistischen Internationale, Professor Varga. In der Moskauer „Prawda“ vom 15. August erklärt er: **Die Durchführung des Sachverständigenplanes wird die demokratisch-pazifistischen Tendenzen in allen beteiligten Ländern verstärken. Wir sehen jetzt den Verfall des deutschen Fascismus, den die deutsche Bourgeoisie jetzt nicht mehr braucht.**

Der Verfall des Fascismus ist gleichbedeutend mit dem Verfall des Kommunismus, denn beide Richtungen leben von der Katastrophe. Sie soll in Zukunft abgebaut bzw. vermieden werden und deshalb erleben wir den Kampf der Fascisten von links und rechts gegen die Politik des Wiederaufbaues.

Der wirtschaftliche Sachverständige der kommunistischen Internationale muß ferner zugeben, daß die Londoner Konferenz in der Tat einen Wendepunkt in der europäischen Politik bedeutet. Er sagt u. a.: „Die Londoner Konferenz bedeutet, daß der Versuch der internationalen Bourgeoisie, die Reparationsfrage in Ausführung des Sachverständigenplanes gemeinsam zu lösen, praktische Formen angenommen hat. In diesem Sinne bedeutet die Konferenz **einen Wendepunkt in der europäischen Politik.“**

Ja, Rußland . . .

Der Moskauer Sowjet nahm einstimmig eine Entschließung an, die mit Genugtuung feststellt, daß **der englisch-russische Vertrag** die grundlegenden Errungenschaften der russischen Revolution bestätige und daß die aktive Beteiligung der englischen Arbeiterpartei an dem Zustandekommen des Vertrages den Anfang der praktischen Zusammenarbeit zwischen der englischen und russischen Arbeiterschaft bedeute.

Der Vertrag verpflichtet bekanntlich die Sowjetunion zur Anerkennung auch der Schulden des zaristischen Rußlands.

Der Skandal von Weimar.

Ein Brief an Jarres. — Was wird er antworten?

Unsere Thüringer Parteipresse veröffentlicht einen interessanten Brief, den der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frölich, der frühere thüringische Staatsminister, an den Reichsinnenminister Dr. Jarres gerichtet hat. Frölich gibt in diesem Schreiben nochmals eine genaue Uebersicht über das nationalsozialistische Rowdytum, das sich während des Parteitags in Weimar entfaltet hat, weist darauf hin, daß die thüringische Regierung entgegen den einschränkenden Bestimmungen bei der Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold den nationalsozialistischen Unfug geduldet, sogar die Entwaffnung der bewaffneten Teilnehmer abgelehnt und auch gegen Herrn Dr. Dinter bisher nichts unternommen hat, der die Mitglieder der Reichsregierung öffentlich als Volksverräter und Hochverräter beschimpfte und den Galgen für sie verlangte. Der frühere thüringische Minister knüpft daran die berechtigte Forderung: **„Man darf wohl erwarten, daß Sie mit derselben Schärfe der Reichsverfassung Geltung verschaffen, wie Sie gegenüber der vorigen thüringischen Regierung** — allerdings ohne Grund — **beabsichtigt haben, und bitte, mir von Ihren Maßnahmen Kenntnis zu geben.“**

Die gesamte Oeffentlichkeit hat das größte Interesse daran, diese Maßnahmen recht bald kennenzulernen. Wie wir hören, ist die Reichsregierung immer noch mit der Prüfung des Materials beschäftigt. Die deutschnationale Presse war vorsichtig genug, diese Rede seinen Lesern bisher zu verschweigen.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„In Thüringen herrschen verfassungswidrige Zustände. **Kundgebungen für die Verfassung werden von der Landesregierung erschwert, Kundgebungen gegen die Verfassung gefördert.** Der Sozialistischen Arbeiterjugend von Jena wurde eine Kundgebung **für Frieden und Republik,** dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Weimar ein Fackelzug **verboten.** Dagegen wurde **der Nationalsozialistischen Freiheitspartei gestattet, in Weimar öffentliche Festzüge und Kundgebungen gegen die Republik zu veranstalten und das Deutsche Nationaltheater mit Hakenkreuzfahnen zu „schmücken“.** In Weimar **duldet die Landesregierung öffentliche Beschimpfungen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Vertreter der deutschen Republik.** Der Abgeordnete Dr. Dinter durfte sogar öffentlich die gegenwärtige Reichsregierung des Volks- und Hochverrats anklagen und erklären: **„Sie gehört an den Galgen!“** In Weimar versagt die Landesregierung der republikanischen Bevölkerung den polizeilichen Schutz, auf den sie Anspruch hat. Jahlreiche Störungen in der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind durch Besucher der Tagung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei erfolgt: Belästigung und Mißhandlungen von Spaziergängern auf den Straßen, Ueberfälle auf Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, **Beraubung von mißhandelten Personen, rechtswidriges Eindringen in das Volkshaus, sinnlose und Menschen gefährdende Schießereien.**

Gedenkt die Reichsregierung diese verfassungswidrigen Zustände in Thüringen weiter zu dulden? Oder was gedenkt sie zu tun, um die Thüringer Landesregierung zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, für die Reichsverfassung einzutreten, republikanische Kundgebungen zu fördern und die Republikaner zu schützen?

Gegen neuen Völkermord.

Für schiedsgerichtliche Verständigung.

Bern, 26. August. (Eig. Radiotelegramm.)

Auf der Interparlamentarischen Konferenz betonte gestern der frühere französische Völkerbundsdelegierte Barthelemy den **Verständigungswillen und die Friedensliebe Frankreichs** und reichte unter dem stürmischen Beifall der Konferenz dem deutschen Vertreter Schücking die Hand. **Die Konferenz faßte einstimmig den Beschluß, daß alle Mitglieder für eine Verfassungsänderung eintreten sollen, die Kriege verbietet und alle Rechtsstreitigkeiten zwischen den Staaten einem Weltgerichtshof unterbreitet.** Angenommen wurde ein Antrag Schücking, der eine Kontrolle der Geheimfonds fordert, ein Antrag Lebrun (Frankreich), eine internationale Kommission zu schaffen für die Aufklärung über die internationale Rechtslage in allen Ländern und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408261-13/fragment/page=0003

ein Antrag Andersen (Dänemark), die Instruktionen der Völkerbundsdelegierten von den zuständigen Parlamenten zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion zu machen.

Deutsche Justiz.

Die Revision im Thormann-Grandel-Prozeß.

Die von der Staatsanwaltschaft in dem bekannten Prozeß gegen den Fabrikanten Dr. Grandel und den Kaufmann Thormann eingelegte Revision ist jetzt fertiggestellt und wird den beiden, in den Attentatsversuch gegen den General v. Seeckt damals verwickelten Personen jetzt zugestellt werden. Die Revision wendet sich in der Hauptsache gegen die bisher geübte und auch vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertretene Auslegung, daß der Mittäter an einem Attentat straflos sein soll, **wenn der Anstifter, der Agent-Provokateur, nicht den ernsten Willen gehabt hat, die Tat zu begehen.** Der ganze Fall dürfte in diesem Herbst das Gericht noch einmal beschäftigen unter der Voraussetzung, daß sich Thormann noch in Deutschland befindet.

Gegen 28 deutschnationale Mordbuben

soll jetzt endlich vom Reichsgericht Mitte Oktober verhandelt werden, **„falls nicht neue Schwierigkeiten sich ergeben“.** So berichtet eine mit Richterkreisen in Verbindung stehende Berliner Korrespondenz. Gegen den Studenten Günther Brandt, der in München verhaftet werden konnte, ist die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen. Brandt war der Leiter der „Organisation Consul“ in Mitteldeutschland und soll bei den Vorbereitungen zur Ermordung Erzbergers mitgeholfen haben.

Sowjetrussische Gefängnisgreuel.

Hilferufe der 300 verbannten Sozialisten.

Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wird uns mitgeteilt:

Laut einem soeben eingelaufenen Telegramm aus Rußland hat sich die Lage in dem Konzentrationslager auf den Solowetzki-Inseln im Weißen Meer außerordentlich zugespitzt. Die Gefangenen sehen kein anderes Mittel als den Hungerstreik, um ihre Forderung durchzusetzen, nach dem Festlande zurücktransportiert zu werden. Zusammenstöße mit der Administration sind unausbleiblich. **Man befürchtet die Wiederholung der vorjährigen Dezemberereignisse, bei denen sechs gefangene Sozialisten von der Wache erschossen wurden.** Die auf den Solowetzki-Inseln internierten 300 Sozialisten erbitten **die sofortige Intervention der Sozialistischen Internationale.**

Zusammenstöße mit den Fascisten.

Rom, 25. August. (Eig. Drahtbericht.)

In Neapel ist es am Montagabend zu einem **schweren politischen Zusammenstoß mit Fascisten gekommen, wobei 30 Personen verwundet** worden sind. Die Polizei hat 100 Personen verhaftet.

Friede mit den Türken. Die französische Kammer hat in einer neuen Nachtsitzung am Dienstagmorgen mit 410 gegen 171 Stimmen den Friedensvertrag von Lausanne ratifiziert.

Wirtschaftspolitik.

Trustbildung in der Kali-Industrie.

Der Wintershallkonzern hat die Beteiligung der Kaliwerke Ummendorf-Eilsleben A.-G. (Bez. Magdeburg) für 30 Jahre übernommen. Im Anschluß an die Reorganisation des Kalimarktes, ...en Ausdruck die Einigung zwischen der deutschen und der fran...ischen Kaliindustrie ist, werden wohl noch weitere Werke auf ...r Stillegungsliste stehen. Die Ummendorf-A.-G. hat eine interessante Geschichte, die wohl als Versuch zur Bildung eines Trusts landwirtschaftlicher Art aufgefaßt werden kann. Als Aktiengesellschaft 1908 gegründet, stand sie dem Burbach-Konzern nahe, bis sie unter die Kontrolle des Bundes der Landwirte kam. Der bekannte Agrarführer Frhr. v. Wangenheim (Klein-Spiegel) war lange Zeit Vorsitzender des Aufsichtsrates. Im vorigen Jahre kam dann die mit Hoffnung begrüßte Fusion mit der Bank für Landwirtschaft zustande, durch die man das ungeratene Kind vom Burbach-Konzern flottzumachen hoffte. Wie die Entwicklung zeigt, ist das nicht gelungen.

Für Wintershall bedeutet die Quote von Ummendorf großen Machtzuwachs. Der Konzern, in dem neuerdings wieder neues amerikanisches Kapitel investiert sein soll, wird so seinem Ziel, 50 Prozent der Kaliindustrie zu kontrollieren, um einen guten Schritt näher gekommen sein.

Auch Frankreich führt die Handelsabgabe ein. Nach einer Mitteilung der Havas-Agentur wird Frankreich, wie das England auch tut, eine 26prozentige Handelsabgabe von der deutschen Einfuhr erheben. Der deutsche Export wird, abgesehen von dem Zinsverlust, dadurch nicht geschädigt, da der Ausgleich durch Verrechnung über das Konto des Agenten für Reparationszahlungen erfolgt.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Gewerkschaftliches: Gottl. Kasparek; Lokales und Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Graue Haare? machen 10 Jahre älter. Wer auf Wiedererlangung seiner naturgetreuen früheren Farbe des Kopf- und Barthaares Wert legt, gebraucht **„Jugentin“** („Jugentin erzeugt durch Einwirkung auf die Haarwurzel nach und nach die frühere Haarfarbe, ohne zu färben. Jugentin wirkt geradezu ideal gegen Schuppen und Haarausfall und ist absolut unschädlich“. Chemiker P. Wolf in L.): Flasche 2,50 Mk., Großvertrieb für In- und Ausland **C. Klappenbach, Halle a. S.** Verkaufsstellen: Parfümerie **Oskar Ballin sen.**, Leipziger Straße 17; **Emrich & Keil**, Parfümerie, Obere Gr. Steinstr. 56; **Max Ott**, Drogerie, Steinweg 26; **„Ulrich“**, Sanitätsgeschäft, Gr. Ulrichstr. 41. 9371

: Werbt neue Leser! :

Vereins-Kalender

der SPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Preßkommission. Mittwoch, 27. August, nachm. 5 Uhr, im Verlagsbüro: Sitzung.

SAJ. Heute abend Spiel und Tanz auf der Peißnitz.

Aus dem Bezirk.

Elsterwerda. Dienstag, den 26. August, abds. 8 Uhr, im Lokal Hoppenz: Betriebsräte- und Funktionärsitzung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Mieles (Berlin) über „Arbeiterrecht der Betriebsräte“. 2. Verschiedenes. Von der Ortsverwaltung werden alle Betriebsräte und Funktionäre eingeladen. Auch können Mitglieder daran teilnehmen.

Delitzsch. Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß. Mittwoch, den 27. August, nachm. 2 Uhr, am Schützenplatz: Treffen zur Abschiedsfeier für die Teilnehmer der Ferienwanderung.

Sangerhausen. Frauengruppe. Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“: Vortrag des Genossen Brüll über „Wohin gehört die Frau“. Genossen, weist Eure Frauen und Töchter auf diesen Abend hin. Frauen als Gäste willkommen.

Nietleben. Die Ortsverwaltung Halle des Metallarbeiter-Verbandes veranstaltet am Mittwoch, dem 27. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“: Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Ein Referent der Ortsverwaltung wird zur Stelle sein. Alle Metallarbeiter werden aufgefordert, diese Versammlung zu besuchen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Bezirk Westen. Donnerstag, den 28. August, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Pfälzer Schießgraben“ (Robert-Franz-Straße): Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Was ist und will das Reichsbanner? (Ref. Gauleiter R. Drescher, M. d. L.). 2. Unsere Aufgaben im Bezirk (Ref. Kamerad Flücht). 3. Gemütliches Beisammensein. Zu dieser Bezirksversammlung können die Frauen der Kameraden mitgebracht werden. Mitglieder können ebenfalls Republikaner einführen. Beiträge und Kleidergelder werden während der Versammlung kassiert. Mitgliedskarten sind als Ausweis mitzubringen.

— **Bezirk 6** (Ammendorf). Donnerstag, den 28. August, abends 8 Uhr, in der „Warte“: Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Ortsgruppe Sangerhausen. Dienstag, 26. August, abds. 8 Uhr, im Herrenkrug: Mitgliederversammlung. Republikaner als Gäste willkommen.

Ortsgruppe Dürrenberg-Keuschberg. Mittwoch, den 27. August, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Zum Gradierwerk“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Zweck und Ziel des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Gruppenangelegenheiten. Referent ist anwesend. Republikaner können eingeführt werden.

Ortsgruppe Rücheln. Sonntag, den 31. August: Fahnenweihe. Ab 10 Uhr: Empfang der auswärtigen Kameraden. Von 12—1 Uhr: Platzkonzert auf dem Marktplatz. 2 Uhr: Fahnenweihe auf dem Marktplatz. 3 Uhr: Umzug durch die Stadt. 4 Uhr: Konzert im „Schützenhaus“, anschließend Ball.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

„VOLKSBLATT“
Die Verordnung über die Arbeitszeit
mit Erläuterungen.
Im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart.
Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.
BUCHHANDLUNG

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7 Uhr: Eröffnungs-Vorstellung
Faust I. Teil.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Othello
Oper von Verdi.

Musik-instrumente Schallplatten
Lüders Mittelstr. 9/10.

Fahrräder und Ersatzteile 9090
Otto Hänisch, Turmstraße 156. Telephon 2719.

Schöne **Damentaschen** Ia Leder sehr billig
Hugo Krasemann Nur Schmeerstr. 19
Lederwaren-Haus.

Getr. Herrengarderobe u. Kopierpresse zu verk. Ladenbergstraße 40, part. r.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27
Heute, Dienstag, abend 8 Uhr, im großen Saale:
Gr. Doppel-Konzert
des Wittekind-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
unter gütiger Mitwirkung des „Freien Sängerchors“ und des Gesangvereins „Gutenberg“.
9556

Thalia-Theater
Nur noch 2 Tage!
Bis einschl. 27. August, tägl. abends 8.10 Uhr
Der grosse Erfolg!
Mein Baby!
(Das ungeborene Kind)
Amerikanische Groteske von Margaret Mayo mit Willi Schur. 9561

Tabak-Waren hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarrenhandlung
Abonnements und Inserate für die „Mansfelder Volkszeitung“ nimmt entgegen
Volks-Buchhandlg.
W. Christange, Eisleben
Grabenstraße 50

Gute Schokolade
ist ein vorzügliches Nährmittel
Für **Händler, Kaufleute** und **Marktleute** ist die billigste Bezugsquelle der direkte Bezug beim Fabrik-Vertreter.
Pichler-Pralinen - Gefüllte Schokoladen
Vertreter:
Max Scharfstädt
Sangerhausen, Neuhäuserstraße 13-15
(Die als vorzügl. bekannten **Burkbraun-Fabrikate** sind gleichfalls am Lager).

Kurt Grottewitz

Sonntage eines Großstädters in der Natur
Ganzleinen 2,25 Mark
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

MAX WINTER:
Das Kind und der Sozialismus

Gebunden M. 2.80, broschiert M. 1.75
Eine sozialpädagogische Betrachtung
Zu haben:
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

Volks-Feuerbestattungsverein
Halle und Umgegend.
Größter Verein am Platze.
Mitgliederzahl 34000.
Der Verein leistet nach einjähriger Mitgliedschaft sämtliche Bestattungskosten, einbegriffen sind: Lieferung des Sarges, Ueberführung nach dem Krematorium, Benutzung der Kapelle, Pflanzendekoration, Harmonium- oder Orgelspiel, eine Reihenstelle und Beisetzung der Aschenreste, so daß den Angehörigen keinerlei Kosten entstehen. Mitglieder, welche bei einem Alter von über 60 Jahren eine bestimmte Summe eingezahlt haben, behalten nach wie vor dieselben Rechte der kostenlosen Einäscherung.
Die Aufnahmegebühr beträgt 0,50 Mk.
Beiträge: 9566
Klasse I u. II . 0,20 Mk.
Klasse III u. IV . 0,40 Mk.
Klasse V u. VI . 0,50 Mk.
Klasse VII u. VIII 0,60 Mk.
pro Monat

Amtliche Bekanntmachungen

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 25. August 1924:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	83	40	78	45—50
Bullen	80	70	77	
Kühe	83	40	78	
Jungrinder	70	65	65	
Mastkälber				
Saugkälber	92	70	90	
Lämmer und Masthammel	92	92	92	
Schafe	90	80	86	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	105	10	105	

Drucksachen
aller Art in sauberster Ausführung fertigt an
Briefbogen / Briefumschläge / Plakate
Programme / Postkarten / Prospekte
Rotationsbetrieb für Massenauflagen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht / Harz 42/44 / Fernsprecher 6605

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK
Preis **25** Pfg. :: Zu beziehen durch die Volksblatt-Buchhandlung **nur** Große Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240826 1-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. August.

Der Mars.

Mancher lugt heut durch die Messingröhre,
Da am Himmel er den Mars erwischt
Doch er dringt nicht durch die Wolkenflöre,
Und so sieht er — nischt.

Aber ist denn nötig, daß man droben
Nach dem Mars durchsucht das Himmelszelt? —
Richtet euern Blick nur auf das Toben
Hier auf unsrer Welt:

Ohne Teleskop und solche Dinger
Könnt ihr dann mit bloßem Auge seh'n
Mars, den Völkerschreck, den Kriegebringer,
Uns bedenklich nahe steh'n.

Peter Michel.

„Spitzel und Provokateure."

Unter dieser Spitzmarke versucht der „Klassenkampf", Organ zur Verbreitung brüderlicher Gesinnung unter der Arbeiterklasse, über unsere Warnung vor den Spitzeln in den sogenannten Roten Hundertschaften angstvoll sich windend einige gequälte Witze zu reißen. Wir stellen fest, daß aus jeder Zeile des „Klassenkampf"-Artikels das böse Gewissen spricht. Das ist begreiflich angesichts der ungeheuren Gefahr, in die die verführten Teilnehmer an angeblich „harmlosen" Aktionen der Roten Hundertschaften durch die Provokateure der KPD. gehetzt werden. Der gleichen Ansicht sind auch diejenigen Kommunisten, die ihr gesundes Urteil sich bewahrt haben und die mit uns den terroristischen Wahnsinn der Roten Hundertschaften bekämpfen. Trotz aller Posaunenstöße des „Klassenkampf" stellen wir ferner fest, daß die Mitglieder der KPD. mit aller Entschiedenheit gegen die „Militärdiktatur" Front zu machen beginnen; und das mit vollem Recht! Denn in die Roten Hundertschaften haben sich nicht nur berüchtigte reaktionäre Spitzel einzunisten verstanden, sondern in ihnen hausen die gleich gefährlichen, weil ebenso verantwortungslosen Agents provokateurs der kommunistischen Leitung, die unter allen Umständen revolutionäre Situatiönchen schaffen will. Wir richten daher an die Arbeiterschaft nochmals in aller Dringlichkeit die Mahnung, unsere Warnung vor Lockspitzeln und vor gewissenlosen Elementen in den sogenannten Roten Hundertschaften zu beherzigen, ehe es zu spät ist! Führende kommunistische Funktionäre haben mündlich die gleiche Warnung geäußert. Es ist bezeichnend für die Gewissenlosigkeit des „Klassenkampf", diese Tatsachen zu leugnen, trotzdem das Leben von Arbeitern auf dem Spiele steht.

Ausgleichskassen in der Erwerbslosenfürsorge.

Neue Finanzmethoden zur Herbeiführung eines Lastenausgleichs.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem Preußischen Wohlfahrtsministerium geschrieben:

Nach der Verordnung vom 16. Februar 1924 sind Lastenträger der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitsnachweisbezirke. Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, durch einen auf ein Neuntel des Gesamtaufwandes bemessenen Anteil der Gemeinden und durch Beihilfen von Reich und Staat. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweisbezirkes festgesetzt. Die Höchstgrenze der Beiträge beträgt 3 Prozent des Grundlohnes. Sind Beiträge dieser Höhe zwei Wochen lang erhoben, so leisten Reich und Staaat Zuschüsse, wenn der betreffende Arbeitsnachweisbezirk mit den Beiträgen und dem Gemeindeanteil nicht auskommt.

Die Beihilfepflicht von Reich und Staat in dieser Form hat in der Praxis häufig zu Unzuträglichkeiten geführt. So war beispielsweise in dem einen Arbeitsnachweisbezirk mit großer Arbeitslosigkeit die Beitragshöchstgrenze längst erreicht, während in einem benachbarten Arbeitsnachweisbezirk mit geringer Arbeitslosigkeit noch verhältnismäßig geringe Beiträge erhoben wurden. Auch mußten Reich und Staat unverhältnismäßig hohe Beihilfen an die Bezirke mit starker Arbeitslosigkeit leisten, während die Bezirke mit geringer Arbeitslosigkeit zu den Kosten der Bezirke mit großer Arbeitslosigkeit nicht beitrugen. Um einen Lastenausgleich herbeizuführen, ist vom 1. September 1924 an für den Umfang des preußischen Staates bestimmt worden, daß jeder örtliche Arbeitsnachweis die Höhe seines Beitragssatzes — bis zu 2 Prozent des Grundlohnes — selbst bestimmen kann, daß aber ein bestimmter Bruchteil der Beiträge an die Provinzial-Ausgleichskasse und an die Landes-Ausgleichskasse abzuführen ist. Die Provinzen können bis zu ½ Prozent des Grundlohnes die Höhe ihres Beitragsteils selbst bestimmen, während für die Preußische Landes-Ausgleichskasse vorläufig der Ausgleichsbeitrag auf ½ Prozent des Grundlohnes festgesetzt ist. Die örtlichen Arbeitsnachweise können die Ausgleichskassen erst in Anspruch nehmen, wenn sie eine bestimmte Zeit hindurch den Höchstbeitrag erhoben und den Aufsichtsbehörden nachgewiesen haben, daß sie mit den Höchstbeiträgen die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge innerhalb ihres Bezirkes nicht decken können.

Der Vorteil dieser Regelung besteht darin, daß die örtlichen Arbitsnachweise, die im Einzelfall die Erwerbslosenunterstützung bewilligen und damit über die Ausgaben beschließen, nach wie vor über die Höhe des Beitragssatzes, d. h. über die Einnahmseite, bestimmen können und, da sie die ungedeckten Ausgaben nicht ohne weiteres auf die Ausgleichskassen abwälzen können, das Interesse an einer sparsamen Finanzwirtschaft behalten. Auf der anderen Seite wird aber durch die Provinzialkassen und die Landes-Ausgleichskasse der erforderliche Ausgleich zwischen Gebieten mit geringer und größerer Erwerbslosigkeit herbeigeführt.

Wie erreiche ich das Ueberfallkommando?

Wie aus den Berichten über die lokalen Ereignisse zu ersehen war, entfaltet das Ueberfallkommando der Schutzpolizei in letzter Zeit eine vielseitige Tätigkeit. Sie greift selbst in solchen Fällen ein, um die sich früher die Polizei nicht kümmerte. Die Einrichtung des automatischen Fernsprechbetriebes und einige Aenderungen in der Organisation des Ueberfallkommandos machen nun einen erneuten Hinweis auf folgende Punkte erforderlich:

Jeder Einwohner, der bei unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben oder Eigentum (Ueberfall, Diebstahl) oder sonstigen Vorfällen, die ein sofortiges Eingreifen der Polizei bedingen, das Ueberfallkommando alarmieren will, hat folgende Punkte zu beachten: 1. Beschleunigt einen Fernsprecher zu erreichen suchen. — 2. Hörer abnehmen. — 3. Am Selbstwähler die Nummer 5555 einstellen. — 4. Sobald sich jemand meldet, das Wort „Ueberfall" rufen. — 5. Nachdem der Anrufer zur Antwort bekommen hat „Ich verbinde mit Ueberfallkommando" ist dem sich meldenden Beamten des Ueberfallkommandos Straße, Hausnummer, Stockwerk bezw. der Ort, wo das Ueberfallkommando hinkommen soll, kurz und deutlich anzugeben. Wenn möglich, hat der Anrufer seinen Namen und die Fernsprechnummer, von wo er anruft, anzugeben. — Wenn möglich, nach erfolgter Alarmierung, muß sich Anrufer so aufhalten, daß die ankommende Polizei beim Eintreffen am Tatort sofort näher orientiert werden kann.

Es wird dabei darauf hingewiesen, daß das Ueberfallkommando nur in tatsächlich dringenden Fällen anzurufen ist. Abgesehen davon, daß eine absichtlich **falsche Alarmierung** mittels Stichwort „Ueberfall" **als grober Unfug nach § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuchs verfolgt wird, hat der Minister des Innern durch Erlaß angeordnet,** daß bei mißbräuchlicher Alarmierung des Ueberfallkommandos oder bei Inanspruchnahme desselben in vorsätzlich oder fahrlässig ungerechtfertigter Weise aus polizeilichen Gründen ein Mindestbetrag von 20 Goldmark, der die Alarmierung veranlassenden Person in Rechnung zu stellen ist.

Bei dieser Gelegenheit muß noch darauf hingewiesen werden, daß Fußgänger, Fuhrwerke und auch Straßenbahnen beim Nahen von Kraftfahrzeugen der Schutzpolizei unbedingt sofort die **Fahrstraße freizugeben bezw. zu halten** haben, sofern sich die Fahrzeuge der Polizei durch ein Glockensignal, ähnlich wie die Feuerwehr, oder durch Benutzung sogenannter Kompressionspfeifen bemerkbar machen.

Werdet Mitglieder der Freien Volksbühne!

Vor vier Jahren, am 24. August 1920, erschien in der hallischen Presse ein Aufruf „an die hallische Bevölkerung" zwecks Gründung einer Volksbühne in Halle. „Der ermüdenden Berufsarbeit", so hieß in diesem Aufrufe, „dem aufreibenden Ringen des Tages muß der erbauende, den Geist und den Charakter bildende Abend folgen. — Die Kunst allem Volke!"

Der Volksbühnengedanke war nicht neu; schon 30 Jahre vorher war es zur Bildung solcher Theatergemeinden gekommen, nur blieben diese im allgemeinen auf einzelne Großstädte beschränkt. Auch in Halle lagen vor dem Kriege die Verhältnisse für die Gründung einer Volksbühne ungünstig. Das änderte sich, als nach dem Kriege das Theater in städtische Regie übernommen wurde. Der oben erwähnte Aufruf fiel daher auf fruchtbaren Boden, und nach der am 5. September 1920 erfolgten Gründung traten der neuen Theatergemeinde, die unter dem Namen „Freie Volksbühne Halle" ihre Tätigkeit begann, gleich mehrere tausend hallische Einwohner als Mitglieder bei. Seit ihrer Gründung hat die Freie Volksbühne Halle einen stets fortschreitenden Aufstieg genommen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich und stieg im vierten Spieljahr auf fast 12 000. Das Thalia-Theater, in dem zuerst die Vorstellungen für die Volksbühne — allerdings mit den Künstlern des Stadttheaters — aufgeführt wurden, genügte nicht mehr, und so wurde denn das Stadttheater selbst in Anspruch genommen, was auch dank dem Entgegenkommen der Intendanz und der städtischen Körperschaften ermöglicht wurde. Diese Entwicklung lag aber auch im beiderseitigen Interesse; die Volksbühne hatte genügend Raum und eine große Bühne zur Verfügung, wodurch es nun auch möglich wurde, den Spielplan zu erweitern, große Schauspiele und auch Opern den Mitgliedern zu bieten; das Stadttheater aber erhielt einen sicheren Stamm von Theaterbesuchern, die zwar einen geringeren Eintrittspreis zahlten, aber doch das Haus füllten.

Die Währungskatastrophe im vorigen Jahre hat auch die Freie Volksbühne nicht unberührt gelassen; es kam die Zeit, wo ein großer Teil der Mitglieder nicht mehr in der Lage war, die Gebühr für die Vorstellungen aufzubringen. Auch jetzt drücken die wirtschaftlichen Verhältnisse einen großen Teil der Bevölkerung so, daß diese Menschen sich auch den geringsten Kunstgenuß versagen müssen. Diese Tatsache lähmt selbstverständlich auch die Werbekraft der Volksbühne. Trotzdem ist die Zahl derjenigen, die der Freien Volksbühne Treue zu halten vermochten, eine Vieltausendfache, und die Reihe II ist bereits überzeichnet. Dagegen können in Reihe I noch Mitglieder aufgenommen werden. Für diese Reihe sind im Spielplan vorgesehen die Schauspiele: „Emilia Galotti" (Lessing), „Der Geizige" (Molière), „Der Volksfeind" (Ibsen), „Die Haubenlerche" (Wildenbruch) und „Die Fahrt nach Orplied" (Schmidtbonn), ferner die Opern „Euryanthe" (Weber), „Schwanenweiß" (Weismann), „Rigoletto" (Verdi), „Cosi fan tutte" (Mozart) und die Operette „Der Bettelstudent" (Millöcker).

Die Vorstellungsgebühr für diese zehn Vorstellungen beträgt 17,60 Mk.; diese Summe wird in acht Monatsraten à 2,20 Mk. von den Mitgliedern einkassiert. Neu eintretende Mitglieder haben außerdem eine Einschreibegebühr von 1 Mk. zu zahlen.

Neben den Vorstellungen im Stadttheater sollen außerdem im Thalia-Theater Schauspiele zur Aufführung kommen. Vorgesehen sind: „Der Gewissenswurm" (Anzengruber), „Lumpaci vagabundus" (Nestroy), „Die Geliebte" (Fulda), ferner die drei Einakter (an einem Abend): „Abrechnung" (Wied), „Schlachtendenker" (Shaw), „Lore" (Hartleben) und ein Werk von Karl Hauptmann. Für diese 5 Vorstellungen wird eine Eintrittsgebühr von je 1 Mk. erhoben. Wer nicht in der Lage ist, sich auf die 10 resp. 20 Vorstellungen im Stadttheater festzulegen, kann Mitglied der Freien Volksbühne werden, um die vorgenannten Vorstellungen im Thalia-Theater zu besuchen. Anmeldungen für diese Kammerspiele sowie für die Reihe I der Vorstellungen im Stadttheater werden in der Geschäftsstelle der Freien Volksbühne, Brüderstr. 14, wochentags von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr entgegengenommen.

Mit diesen Theateraufführungen ist das Programm der Volksbühne aber noch nicht erschöpft; den Mitgliedern wird auch noch Gelegenheit geboten, verschiedene Sonderveranstaltungen gegen mäßige Eintrittspreise zu besuchen. Zunächst stehen für die Aufführung von Goethes „Faust" (I. Teil) am 28. und 30. August Eintrittskarten zu 1, 2 und 3 Mk. zur Verfügung. Für später sind in Aussicht genommen: 6 Symphonie- und Kammermusikkonzerte, 3 Choraufführungen, Lieder- und Klavierabende, Tanzabende und Märchenaufführungen, Rezitationsabende, Abende literarischer und bildkünstlerischer Art sowie Einführungen in die aufzuführenden Werke und in die Choraufführungen. Alle Mitglieder erhalten außerdem die Vereinszeitschrift „Kunst und Volk", die wertvolle Einführungen in die aufzuführenden Opern- und Schauspiele enthält.

Die Freie Volksbühne Halle braucht um ihr Bestehen nicht mehr zu bangen, ihre Existenz ist gesichert, und sie ist auch stark genug, um sich einen größeren Einfluß auf das Theater- und Kunstleben Halles zu verschaffen. Jedoch das Ziel der Volksbühne ist auch heute noch: Wie sichern wir gemeinsam dem ganzen hallischen Volke vollendete Theaterkunst? Diesem Ziele kann die Volksbühne nur näherkommen, wenn die Schar der Volksbühnenfreunde immer mehr und mehr wächst. Auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen Mitglieder werden, wenn es ihre pekuniären Verhältnisse nur irgendwie gestatten. Gerade den Minderbemittelten, die die hohen Eintrittspreise für einen guten Platz im Theater nicht erschwingen können, soll ja die Theatergemeinschaft dienen, deren Prinzip ist: völlige soziale Gleichberechtigung an der Stätte der Kunstdarbietung. Darum rufen auch wir Euch zu:

„Werdet Mitglied der Freien Volksbühne!"

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen, Kameraden im Schwarz-Rot-Gold

vergeßt nicht den Besuch der

Kunstausstellung, Domplatz 5

Krankenkassen unterliegen nicht der Gewerbesteuer.

Von einzelnen Gemeinden wird die Ansicht vertreten, daß die Zwangskrankenkassen der Reichsversicherungsordnung (Allgemeine Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen) auf Grund der Bestimmungen der Ergänzungsverordnung vom 16. Februar 1914 steuerpflichtig seien. Hierzu wird, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, in einer vom preußischen Finanzminister zugleich im Namen des Ministers des Innern und des Handelsministers herausgegebenen Verfügung folgendes ausgeführt:

Wenn nach Artikel II § 1 der genannten Verordnung als Gewerbebetrieb auch die „entsprechende Tätigkeit" von Vereinen usw. gilt, so muß es sich hierbei um eine Betätigung handeln, die der Betätigung gewerblicher Betriebe ähnlich ist, mithin um eine wirtschaftliche Betätigung. Deshalb unterliegt der Gewerbesteuer nicht die Tätigkeit der öffentlich-rechtlichen Verbände, die sich als Ausfluß der öffentlich-rechtlichen Gewalt darstellt. Ebenso sind auch von der Gewerbesteuer frei die Tätigkeit der reichsgesetzlichen Krankenkassen (Allgemeine Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen) und die Tätigkeit der knappschaftlichen Krankenkassen, da es sich bei diesen Versicherungen der Sozial- und Versorgungsgesetzgebung unmittelbar um eine öffentliche Verwaltung als Ausfluß öffentlicher Gewalt handelt.

Jugend herbei!

Die Kinder rufen Dich, arbeitende Jugend. Sie müssen gleich Dir allmählich wieder in den Stuben hocken. Aber sie sind noch nicht reif genug, sich die leeren Stunden zu füllen. Hier möchtest Du helfen. Deshalb werden alle Burschen und Mädel, die der schulpflichtigen Jugend irgend etwas zu bieten vermögen, für Donnerstag, den 28. August, nachmittags 5 Uhr, in den Volkspark gebeten.

* **Das Konzert im „Volkspark"** findet heute abend der ungünstigen Witterung halber im großen Saal statt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß neben dem Wittekind-Orchester heute noch der „Freie Sängerchor" im Verein mit dem Buchdruckerchor „Gutenberg" mitwirken werden. Der Abend verspricht daher ein abwechslungsreiches und gediegenes Programm.

* **Der Vorverkauf im Stadt-Theater** hat begonnen. Die Stammkarten-Inhaber, welche ihre erste Rate noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, diese in den Kassenstunden von 10 bis 2 Uhr einzulösen, spätestens aber bis Donnerstag mittag 12 Uhr. Der Einzelverkauf der Tageskarten hat ebenfalls begonnen. Für die erste Woche der neuen Spielzeit sind folgende Werke angesetzt: Donnerstag, Sonnabend, Montag 7 Uhr „Faust" I. Teil. Freitag, Sonntag, Mittwoch 7½ Uhr „Othello", Oper von Verdi. Dienstag und Freitag „Undine". Donnerstag den 4. und Sonnabend den 6. September „Emilia Galotti". Die Vorstellungen beginnen, falls nicht anders angegeben, wieder um 7½ Uhr.

* **Besucht die Kunstausstellung.** Aus dem Büro des DMV. wird uns geschrieben: Auf Veranlassung der beiden freigewerkschaftlichen Ortskartelle (ADGB. und Afa) ist die in der Leipziger Kulturwoche gezeigte Kunstausstellung nach Halle gebracht worden. Die dort ausgestellten Werke der verschiedenen Künstler sind aus dem Leben der Arbeiterklasse genommen. Wir empfehlen unseren Mitgliedern den Besuch dieser Ausstellung (alte Garnisonkirche, Domplatz). Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 40 Pfg. einschl. des Führers, für Jugendliche 25 Pfg. Erwerbslose haben unter Vorzeigung des Ausweises freien Eintritt. Die Ausstellung endigt am 7. September und ist täglich geöffnet von vormittags 11 bis nachmittags 6 Uhr.

* **Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat September findet beim Postamt II, Thielenstr. 2a, wie folgt statt: Am 29. August für die R-Rentenempfänger, am 30. August für die H-Rentenempfänger, am 3. September für die Nachzügler. Am 1. und 2. September werden Heeresrenten nicht gezahlt. Zahlzeit 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

* **Die Winterausgabe 1924/25 des Reichskursbuches** wird am 1. Oktober erscheinen. Der Verkaufspreis ist wieder auf 7 Rentenmark für das Stück festgesetzt worden. Bestellungen nehmen die Postanstalten und die Briefzusteller entgegen. Auf die Vorzüge des Reichskursbuchs (Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Uebersichtlichkeit) wird besonders hingewiesen. Die Auflage wird auf das unbedingt Notwendige beschränkt. Bei nicht rechtzeitiger Bestellung werden deshalb etwaige Nachbestellungen voraussichtlich nicht mehr ausgeführt werden können.

* **Strenge Vorschriften für Postkarten.** Auf Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Aufschriftseite, deren linke Hälfte für Mitteilungen verwendet ist, darf die rechte Hälfte nicht für die Angabe des Absenders benutzt werden. Im inneren deutschen Verkehr war ausnahmsweise zugelassen worden, auch die rechte Hälfte für die Angabe des Absenders zu benutzen, da noch große Vorräte an Karten mit derartigen Angaben vorhanden sind, die auf die rechte Hälfte der Vorderseite übergreifen. Jetzt, nach Verlauf von zwei Jahren, hält das Reichspostministerium dies nicht mehr für berechtigt. Die Vergünstigung wird deshalb mit Wirkung vom 31. Dezember 1924 aufgehoben.

* **Besudelung der Personenwagen auf der Eisenbahn.** Trotz mehrfacher Hinweise, das Beschmieren der Wände, besonders in den Aborten der Eisenbahnwagen durch unzüchtige Darstellungen usw. zu unterlassen, mehren sich in letzter Zeit die Klagen, daß Bubenhände sich immer wieder in dieser Weise unnütz machen. Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg hierzu mitteilt, sind die Zugpersonale erneut angewiesen, sich um die Ermittelung der Täter zu bemühen, um diese der gerechten Bestrafung zuzuführen. Das reisende Publikum wird gebeten, das Zugpersonal durch Bezeichnung solcher Schmutzfinken bereitwilligst zu unterstützen, damit diesem, das Empfinden jedes Anständigen verletzenden Unfug mit mehr Erfolg gesteuert werden kann.

* **Unters Auto geraten.** Am Montagvormittag stieß in der Großen Ulrichstraße ein Radfahrer mit einem Kraftwagen zusammen. Der Radfahrer erlitt eine Quetschung am rechten Oberschenkel und wurde mit demselben Kraftwagen der Klinik zugeführt. Die Schuldfrage wird noch geklärt. — Desgleichen stieß um 11 Uhr ein Radfahrer mit einem Personenkraftwagen in der Berliner Straße zusammen. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

* **Obdachlos.** Bei der, in der vergangenen Nacht, in der Nähe des Gutes Gimritz, vorgenommenen Razzia wurden in einem Strohdiemen zwei männliche und zwei weibliche Personen nächtigend angetroffen. Drei Personen wurden nach Feststellung ihrer Personalien entlassen, während die vierte Person in das Polizeigefängnis eingeliefert wurde.

Ammendorf. Die Reichskokarde. Uns wird geschrieben: Unter Bezugnahme auf den Bericht in einer der letzten Nummern des „Volksblatt" über das Tragen der Kokarde in den Reichsfarben kann auch von Ammendorf berichtet werden, daß von den gesamten Beamten der Reichspost nur zwei Beamte die schwarz-rot-goldene Kokarde tragen. Trotz mehrmaliger Bekanntgabe der Reichsverfügung halten es die Beamten nicht für notwendig, derselben durch Anlegung der Kokarde Rechnung zu tragen. Ob das der dortige Amtsleiter garnicht sieht? Es liegt doch nur an ihm, die Verfügung seiner obersten Behörde durchzuführen. — Hoffentlich genügt dieser Hinweis, die Beamten zur Erfüllung der Verfügung anzuhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240826l-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Reichssteuerverteilungen an die preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Der Minister des Innern gibt folgende Steuerverteilungen bekannt:

Aus Steuerüberweisungen des Reiches kommen zur Verteilung (Goldpfennig: bei Ek. und Kp. auf jeden Rechnungsanteil des oberunrbeten Verteilungsschlüssels für 1924, bei Ul. auf jede Einheit des Umsatzsteuerschlüssels, bei Hsz. auf jede Einheit des Hauszinssteuerschlüssels. Bei Kfz. und Dot. Gesamtbeträge:

	Für Juli	Für August	Insgesamt
a) **Einkommensteuer:**			**28 Gk.**
Gemeinden	2.10	1.20	3.30
Landkreise	0.32	0.18	0.50
Provinzen	0.15	0.10	0.25
b) **Körperschaftssteuer:**			**10 Kp.**
Gemeinden	1.00	5.00	6.00
Landkreise	0.20	0.80	1.00
Provinzen	0.09	0.41	0.60
c) **Umsatzsteuer:**			**11 Us.**
Gemeinden	7.20	10.30	17.50
Landkreise	2.30	3.20	5.50
d) **Kraftfahrzeugsteuer:**			**11 Kfz.**
1. Allgemeiner Betrag [1])	3.237.600	3.700.400	6.938.000
2. Besonderer Betrag [2])	1.618.875	1.850.040	3.468.915
	Goldmark	Goldmark	Goldmark
e) **Dotationen:**			**12 Dot.**
	1.525.800	1.444.200	2.970.000
f) **Hauszinssteuer:**	April bis Juli		**2 Hsz.**
Stadtkreise	—	—	7.50
Landkreise	—	—	3.30

Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahlen vermag jede Gemeinde (Gemeindeverband) sich den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

[1]) Allgemeiner Betrag zu Zwecken der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung.

[2]) Betrag für besondere Zwecke des Wegebaues und der Wegeunterhaltung.

Absturz eines Flugzeuges.

Das Flugzeug D 149 der Aero-Lloyd-Gesellschaft a. A. ist am Montagvormittag infolge Gewitterböen auf dem Fluge von Berlin nach Hof in der Nähe von Wittenberg abgestürzt. Der Führer des Flugzeuges, Schmilisi (Berlin), wurde schwerverletzt in ein Wittenberger Krankenhaus gebracht. Der Passagier ist nur leicht verletzt worden. Das Flugzeug verbrannte.

Mord in der Dübener Heide.

In der Dübener Heide fanden am Sonntag Arbeiterradfahrer, die in der Heide einen Ausflug unternommen hatten, in der Nähe des „Eisenhammer", oberhalb des Halbmondweges, den Leichnam eines Mannes, der auf dem Bauche mitten im Walde lag. Die Leiche war an den Beinen bis zum Becken vollständig verkohlt. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben. Die Tat selbst kann erst am 23. August ausgeführt worden sein. Der Kopf wies Hiebwunden auf. Der Tote hat blondes Haar und am linken Unterarm eine 5 Zentimeter lange gut verheilte Narbe. Gepäck war nicht vorhanden; in der Nähe lag eine Flasche, wie sie Apotheken für Medikamente verausgaben.

Sangerhausen. Kartellsitzung. Am Freitag fand eine gemeinsame Sitzung des Gewerkschaftskartells und des Ortsvorstandes der SPD. statt, die der Vorbereitung des Antikriegstages am 21. September galt. Es wurde beschlossen, am 21. September eine Demonstrationsversammlung abzuhalten. Die Regelung der Einzelheiten wurde einer gemischten Kommission aus Gewerkschafts- und Parteimitgliedern übertragen. Die sonstigen Beratungen brachten die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest und die Erörterung von Bibliothek-, Theater- und sonstigen Bildungsfragen. Interessant war die Mitteilung, daß der Regierungspräsident den Gewerkschaftsumzug anfänglich auf Grund der Stellungnahme der hiesigen Polizeiverwaltung und des Landrats Dr. Voigt verboten, dann aber auf Vorstellung den Landrat zur Genehmigung ermächtigt hatte. Bekanntlich hat dieser von der Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht. Offenbar beruhte die Stellungnahme der Polizeiverwaltung und des Landrats darauf, daß im vorigen Jahre kommunistische Hundertschaften aus dem Mansfeldischen gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung am Umzug teilgenommen hatten. Ist denn aber bei den behördlichen Stellen Sangerhausens unbekannt, wie sehr sich die Verhältnisse seit dem vorigen Jahre verändert haben?

Sangerhausen. Einen Selbstmordversuch im Gefängnis unternahm die Hebamme Frau Sch., über deren Verhaftung wir berichteten. Freitag hörte der Gefängniswärter Bogenhardt über seinem Zimmer, wo sich die Zelle der Verhafteten befand, einen dumpfen Fall. Als er die Zellentür öffnete, sah er die Frau am Boden liegen. Sie hatte sich aus ihren Kleidungsstücken ein Seil gedreht und versucht, sich damit zu erhängen; der Strick war aber gerissen. Trotzdem war die Frau bereits leblos. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft und wieder zu sich gebracht. Zu ihrer eigenen Sicherheit ist sie in einer Gummizelle untergebracht worden. Uebrigens ist sie in einen Hebestreik eingetreten; sie spricht kein Wort. Die in die Sache verwickelten Personen sind Sonnabend in das Landgerichtsgefängnis in Naumburg übergeführt worden.

Blankenheim. Eine Verbeversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete die hiesige Ortsgruppe am Freitag, dem 22. August. Leider war der Besuch nicht so, wie er hätte sein können. Der als Referent erschienene Kamerad Brüll erntete für seine Ausführungen den verdienten Beifall. Kommunistische und jungdeutsche Gegner waren erschienen und nahmen in brüderlicher Eintracht zusammen an einem Tische Platz. Verschämt hatten alle Gegner vor Betreten des Saales ihr Abzeichen abgelegt. In der Diskussion sprach ein „Kommunist". Er hob hervor, daß er mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sei und sagte wörtlich: Der Referent habe sichtlich allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen! Der Jungdoaner hatte bezeiten den besseren Teil der Tapferkeit erwählt. Der Verlauf der Versammlung ist ein Beweis, daß nur hier die Vernunft wieder Boden gewinnt.

Riestedt. Staatsbürgerliche Erziehung? Ein Parteigenosse schreibt uns: Eine Radtour führte mich am letzten Sonntag durch Riestedt. Ich fuhr an einer Gruppe spielender Kinder vorüber. Ein etwa 12jähriger Junge aus der Gruppe schien mein Reichsbanner-Abzeichen erkannt zu haben. Was tat er? Er dreht sich um und schreit mit gespielter Harmlosigkeit über den Platz: Schwarz-Rot-Gold-Mostrich! Ich fragte mich, ob denn Riestedt nicht auch eine Schule besitzt, in der unsere Jugend nach den Anweisungen des Unterrichtsministers zum Staatsgesinnung erzogen wird?! Ich überlegte, ob die kürzliche Verfassungsfeier nicht wenigstens der Schuljugend hätte Achtung vor den Reichsfarben beibringen können. Wo liegt die Schuld? Republik, da greif zu!

Rößleben. Front Heil! Wie die „Roßl. Zeitung" meldet, ist dem ehemaligen Gefreiten Friedrich Compart, hier, die Ehrendenkmünze des Weltkriegs am schwarzweißroten Bande „verliehen" worden. Gleichzeitig ist C. zum „Ritter" der deutschen Ehrenlegion „ernannt" worden. Wer diese „Verleihung" und „Ernennung" ausgesprochen hat, wird der Oeffentlichkeit verschwiegen. Man erweckt dadurch den Anschein, als ob in der Republik diese alte wilhelminische Mode noch geübt würde. Jedem ehrlichen Republikaner muß diese schwarzweißrote Stahlhelmerei unwillkürlich ein Kopfschütteln abnötigen. Der Stahlhelm versucht jetzt seine Mitglieder zu halten, indem er sie mit Blech behängt. C. war aber auch Kommunist. Das überrascht weiter nicht mehr, ist aber für die Gesinnungsverfassung der Anhänger dieser sogenannten Arbeiterpartei doch wieder mal bezeichnend. (Es gibt hier nämlich noch ne ganze Reihe Komparts. D. B.) Der Kommunistischen Partei möchten wir empfehlen, um sie vor weiteren Verlusten zu schützen, auch solche Banderden für ihre „Kämpfer" einzuführen. Wenn's dann nicht geht? . . .

Deitzisch. Totgequetscht. Auf dem Rittergut Döbernitz ereignete sich ein entsetzlicher Unglücksfall. Der erste Verwalter des Rittergutes, Herr Rüdiger, war auf die mit der Dreschmaschine verbundene Strohpresse gestiegen und versuchte trotz dringender Warnung seitens des Personals, ohne den Betrieb anzuhalten, eine Störung in der Strohzuführung zu beseitigen. Kurz bevor die Arbeit beendet war, wurde Herr Rüdiger infolge eines Fehltritts von dem Greifer der Presse erfaßt und in die Presse hineingedrückt, was seinen sofortigen Tod verursachte, noch bevor durch schnelleres Herunterreißen des Antriebsriemens Hilfe gebracht werden konnte.

Greppin. Als typhusverdächtig wurden die Arbeiter Nachtwan und Ziem dem Krankenhaus Bitterfeld überwiesen.

Greppin. Arbeiterlos. Die Arbeiterentlassungen auf der Anilinfabrik nehmen einen immer rigoroseren Charakter an. So wurden am Sonnabend aus nur einer Werkstatt achtzehn Mann auf das Straßenpflaster gesetzt. Auch scheut man sich nicht, Leute, welche 25 und mehr Jahre der Fabrik ihre Arbeitskraft für billigen Lohn zur Verfügung gestellt haben, mit der Motivirung zu entlassen, daß sie nicht mehr voll leistungsfähig seien!!! Einen großen Teil Schuld trägt auch der von den KPDisten hineingetragenen Spaltpilz. Stände die Belegschaft geschlossen hinter den Gewerkschaften, so würden sich Curschmann und Genossen solche Handlungen nicht erlauben.

Piesteritz. Sommerfest. Zu dem am Sonnabend, den 30. August, im „Elbhafen" stattfindenden 4. Stiftungsfest des Arbeiter-Mandolinen-Vereins sind die Genossinnen und Genossen zahlreich eingelagen. — Am Sonntag, den 31. August, findet das Sommerfest des Ortsvereins in „Insel Helgoland" statt. Anfang 2 Uhr 30 Min. Nachmittags finden Kinderbelustigungen und Darbietungen der Arbeiter-Jugend statt. Bei ungünstiger Witterung im Saale. Abends Tanzchen.

Torgau. Zuviel verlangt. Die „Torgauer Zeitung" hatte in Nr. 181 die „Festrede" des Landrats Dr. Drews zum Abdruck gebracht, die der Landrat zum Gedächtnis der Gefallenen gehalten hatte. In dem Phrasengeklingel hieß es da: „Eine große Dankesschuld hat der Opfertod unserer Gefallenen auf uns geladen, und dieser Schuld stets zu gedenken, soll unsere erste und heilige Pflicht sein." Einige Kriegerfrauen, die wohl zu den Abonnenten der „Torgauer Zeitung" gehören, sandten darauf diesem Blatt eine Erwiderung, in der es wörtlich heißt: „Der Dank des Vaterlandes soll euch gewiß sein! so hieß es auch damals, als unsere Lieben ins Feld zogen, und wie sieht es aus? In der Tat ist die Sorge um uns und unsere Kinder nicht sehr groß, denn der Staat fängt an, bei den Hinterbliebenen zu sparen. Kinder, welche sich noch in der Lehrausbildung befinden, und viele, die ohne Verschulden arbeitslos geworden sind, bekommen einfach keine Zusagkrente mehr. Und wird mal ein Antrag gestellt wegen einer Unterstützung, dann kommt nach langer Zeit endlich der Bescheid: „Bedürftigkeit liegt nicht vor." Dabei ist überhaupt nicht geprüft worden, ob die Familie Not leidet. Wie wird es uns Witwen und Waisen im Winter ergehen? Keine Kohle, kein Holz kann herangeschafft werden, denn die Unterstützung reicht gerade mit Mühe und Not für den Lebensunterhalt. Gedankt wird uns immer in Worten, aber nicht in Taten." — Das ist alles richtig. Aber die Kriegerfrauen haben sich in der Adresse geirrt, als sie glaubten, mit ihrem Eingesandt den Herrn Landrat Dr. Drews für ihre Sache gewinnen zu können. Er wird sich auf „die Not des Vaterlandes" berufen, die es aber nicht ausschließt, daß seine Partei, die Deutschnationale Volkspartei, für die Pension der Offiziere und Generäle hohe Summen bewilligt (Ludendorff erhält 24 000 Mark jährlich). Da ist es doch zuviel verlangt, wenn die Kriegerhinterbliebenen auch mehr haben wollen.

Schiffdau. Regulierung des Heidelbaches. Neuerdings sind Verhandlungen zwecks Regulierung des Heidelbaches wieder aufgenommen. Der Entwurf, welcher eine Absenkung der Wasserspiegel im Bache für Mittelwasser auf 50 Zentimeter unter Ufer, für Hochwasser vorbeugt vorsieht, stellt den Interessenten einen Mehrbetrag an Futter, einen Schutz gegen jegliche Ueberschwemmung und Auswinderungen sowie einen bedeutenden Vorteil an Güte der Erträge bei normalem Kostenaufwande sicher.

Falkenberg. Gründung des Jungsturms. Am Freitagabend fand hier die Gründung des Jungsturms vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt. Kamerad Küver hielt einen kurzen Vortrag über die Ziele des Reichsbanners, besonders des Jungsturms. Die erschienenen jungen Leute erklärten restlos den Beitritt zum Jungsturm. Aufgenommen werden alle jungen Leute, die sich zur Republik und zur Weimarer Verfassung bekennen. Anmeldungen nimmt Kamerad Küver sowie Kamerad Kurt Werner entgegen. Ebenfalls werden Anmeldungen bei sämtlichen Reichsbannermitgliedern angenommen. Die Ortsgruppe des Reichsbanners nimmt ständig an Mitgliedern zu.

Liebenwerda. Sozialistische und kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Der Ortsausschuß des ADGB. beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung vorwiegend mit den Forderungen der Bundesleitung in der „Gewerkschaftszeitung" vom 28. Juli 1924 und dem Bundesmitteilungsblatt vom 31. Juni d. J. über Bildung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, sowie dem Anti-Kriegstag am 21. September d. J. Die Bildungsfrage wurde dem Vorstand zur weiteren Vorbearbeitung, der Anti-Kriegstag zur Vorbereitung der Bildungskommission überwiesen. Die Bildung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre soll so vorgenommen werden; daß Vorkommnisse aus den täglichen Leben besprochen werden; die Mitglieder der Versicherten im Vorstand und Ausschuß einer Krankenkasse müssen sich unbedingt in ihrer Tätigkeit vom ADGB. und seinen Ortsausschüssen führen lassen, damit nicht, wie es so oft der Fall, der Sinn des Arbeitsrechts verhöhnt wird und das Bürgertum sich darüber lustig machen kann. Der Bericht des Genossen Wunich von der Kreiskartellsitzung brachte äußerst bedauerliche Dinge zur Sprache. Der Sitzung hatte folgende Tagesordnung vorgelegen: Bericht der Ortsausschüsse; Bericht des Kreisarbeitsamtes (Referent Watte-Bochwitz); Krankenkassenwesen (Referent Wendt-Mühlberg). Von den Ortsausschüssen Mühlberg, Liebenwerda, Elsterverda, Bochwitz, Falkenberg und Ortrand waren nur Elsterverda und Liebenwerda mit zusammen sechs Mann vertreten. Keiner von den vorgesehenen Referenten war anwesend, und der Vorsitzende Kollege Nowak (KPD.) konnte einem wirklich leid tun. Nicht das geringste konnte von der Tätigkeit des Kreiskartells berichtet werden. Aber vor reichlich einem Jahr wurde im „Klassenkampf" vom 11. Mai 1923 unter anderem vielbagend erwähnt, der Kreiskartellvorstand bestehe nun aus lauter KPD.-Genossen. Unter allen Umständen müssen unsere Genossen der Arbeiterschaft zeigen, daß immer wieder bewiesen wird, daß nur von ihnen die viele und sehr wichtige Kleinarbeit für die Ideen der gewerkschaftlichen Ziele geleistet wird und die Genossen der KPD. keine Solidarität oder Nächstenliebe mit ihren Klassenbrüdern haben und eher der Reaktion Vorschub und dem Spitzertum Dienste leisten. Für einen KPD.-Genossen ist die wirtschaftliche Hilfe eine Sättigung, die Passivität im politischen Leben zur Folge haben soll, für die SPD. ist es die Voraussetzung zur Kulturarbeit.

Liebenwerda. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hält am 30. und 31. August sein zweites Gruppenfest in Liebenwerda ab. Die hiesige Freie Turnerschaft ist schon rührig mit den Vorarbeiten beschäftigt. Vorstand und die gewählten Kommissionen wetteifern miteinander an der würdigen Ausgestaltung des Festes. Sonnabend findet Zapfenstreich und Kommers im Schützenhause statt. Sonntag früh ist Wecken, dann beginnen die Wettkämpfe. Nachmittag ist der Festumzug von der „Kaiserkrone" durch die Straßen der Stadt zum „Schützenhaus". Die Begrüßungsansprachen am Sonnabend und Sonntag hält der 1. Vorsitzende der Freien Turnerschaft, Genosse Seehof, die Festrede am Sonntag der Genosse Falkmeier. — Da viele auswärtige Turngenossinnen und Turngenossen erwartet werden, werden alle Freunde des Arbeitersportes gebeten, recht viele Quartiere zur Verfügung zu stellen. Hoffentlich macht auch Jupiter Pluvius ein freundliches Gesicht, damit dieser größeren turnerischen und Sportveranstaltung ein voller Erfolg beschieden ist.

„Der Krieg."

Unter den in der Ausstellung „Kunst der Gegenwart" in der alten Garnisonkirche vertretenen Künstlern verdient auch der junge Zeichner Otto Dix besondere Beachtung. Neben zwei Lithographien, „Südländischer Matrose" und „Blind", sind von ihm 24 Radierungen ausgestellt (in der zweiten Fensternische links), die eine Serie bilden in des Künstlers Mappe „Krieg". Dix ist kein sogenannter Expressionist; er ist der abstrakten Malerei der Bilderrätsel und Rösselsprünge ganz abhold. Eine fanatische Wirklichkeitstreue beseelt die Arbeit dieses erdverbundenen Proletarierkindes. Die Bilder, die man bisher von ihm sah, gaben mit grausamer Genauigkeit, mit bewußter Vertiefung in kleinste Einzelheiten den Schrei der käuflichen Liebe aus dem häßlichen Frauenleib, die Leidenszüge um unsichtete Augen, die Furchen in zerarbeiteten Händen, die trostlose Aermlichkeit der Vorstadt-Arbeiterwohnungen. Er zeigt seinen Vater und seinen Bruder auf dem täglichen Gange zur Fabrik, die welke Frühreife der Kinder der Mietskaserne, die müde Hoffnungslosigkeit des alten Arbeiters. Eine lebhafte Debatte, an der sich auch Max Liebermann zugunsten von Dix beteiligte, hat sein sensationelles Riesenbild „Der Krieg" entfesselt, eine Zusammenballung familicher Todes- und Verwesungsschrecken des Schützengrabenkampfes, das sich im Besitze des Wallraf-Richartz-Museums in Köln befindet. Künstlerisch und ethisch noch bedeutsamer sind diese 24 Blätter — ein einziger furchtbarer Totentanz, der alle Schrecken der Kriegsjahre erweckt, die Vergeßlichen mahnt, die Leichtsinnigen warnt.

Wißt ihr's noch, es sind erst ein paar Jahre her, da lagen die Kameraden mit klaffender Wunde, die ihr Gesicht zur Fratze machte, neben euch! Denkt ihr noch an die Toten drüben im Drahtverhau, die der Mond zitternd beleuchtete? Seht ihr noch manchmal in angstvollen Träumen die Gasmasken-Männer, die bewiesen, daß der Mensch tierischer als jedes Tier geworden war? Die aufgedunsenen Körper der Pferdekadaver rechts und links von eurem Wege? Werdet ihr, die ihr an den Fronten kämpftet, noch manchmal nächtens erschreckt von den zuckenden Lichtern der Raketen, die die meilenweiten Granatentrichter vor eurer Stellung wie ein Höllen-Zauberland zum Erglühen brachten? Wie sind sie gestorben, die mit euch mit Gesang und Blumen auszogen, so hat euch selbst der Tod bedroht und für einen Augenblick gefaßt! Verschüttet, von Gas vergiftet, im Dunkel zerrissen . . . die Angst und die Abstumpfung umschlangen sich im Wahnsinnsschrei, der durch die Gassen zerschossener Dörfer tirrte, selbst in den Gräbern wühlte der Tod und entriß der Erde, was sie schon zum Frieden gebettet hatte. Aber aus dem herausgeschleuderten Leichnam, aus dem mit Stiefel und Gewehr verwesenden Soldaten blühte „Auferstehung": Blumen drängten durch Schädelöffnung und Herzhöhle zum lockenden Sonnenlicht.

Des aber bleicht der Griffel von Otto Dix der es miterlebte und den Alp künstlerisch bewältigte. Alles ist ganz anschaulich, aber doch zum Ausdruck des Grauens erhoben. Nirgendwo weiß man: das ist diese oder jene Gegend, dies ein Deutscher, dies ein Franzose. Nur immer wieder vernichtete Soldatenmenschen auf allen Seiten, an allen Fronten, denn überall erlitten sie das Gleiche. Hier ist der Schrecken schon zeitlos, ewig geworden. Stürmischer als tausend „Nie-wieder-Krieg"-Manifeste rufen diese Blätter die Heutigen und die Kameraden auf, nie zu vergessen, was war und was wieder und noch viel entsetzlicher werden kann, wenn ihr nicht wachsam seid.

Das Mappenwerk „Krieg" ist soeben als Offsetdruck vervielfältigt und im Verlag der Kunsthandlung Nierendorf in Berlin in einer billigen Buchausgabe erschienen. Das Werk ist auch in der Ausstellung käuflich zu haben.

Ein proletarischer Kosmos.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Bildungszeitschriften des bürgerlichen Lagers das für Proletarier wichtige Wissen nicht einwandfrei vermitteln können und wollen, haben sich Gesinnungsgenossen entschlossen, mit dem Sitz in Jena eine Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. neu zu begründen, die vom Oktober an eine Monatsschrift „Urania" mit Buchbeigaben herausgibt. An ihr wirken zahlreiche Genossen mit, die in der proletarischen Bildungsarbeit seit langem tätig sind. Inhaltlich wird sich die „Urania" vom bürgerlichen Kosmos wesentlich unterscheiden: neben der Naturerkenntnis wird auch die Gesellschaftslehre in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Die Grundeinstellung ist eine streng marxistische. Die Buchbeigaben des 1. Jahrganges sind „Entwicklung der Lebenslehre" von Genossen Prof. Dr. Scharel; „Erdöl und Erdölpolitik" von Genossen Gg. Engelbert Graf; „Wie Gott erschaffen wurde" von Genossen Dr. Erkes und „Das Kind in der Gesellschaft" von Genossen Dr. O. F. Kantis. Die Bezugspreise sind vierteljährlich 1.25 Mk., mit gebundener Buchbeigabe 1.80 Mk. Alle Genossen, die sich ausführlicher über die „Urania" unterrichten und besonders auch alle die, welche für ihre Verbreitung wirken wollen, teilen ihre Adresse der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H. in Jena mit.

Gedanken über „Kunstwerk und Mensch"

Zur Ausstellung in der Garnisonkirche.

„Kunst ist Luxus!" sagt der Volksmund und mengt dabei einen kleinen Stück sinnfälliger Wahrheit innere Unwahrheit bei. Da jedes einzelne Kunstwerk nicht unbedingt der materiellen Lebensnotdurft dient, betriedigt es in diesem Sinne ein Bedürfnis an Luxus. Doch der Trieb zur Kunst entspringt den Tiefen des Seins.

Die Daseinsform eines Kunstwerks ist der denkbar größte Gegensatz zu der des Menschen. Das Bewußtsein des „Ich" erzeugt die Vorstellung des eigenen Körpers, löst uns aus dem Zusammenhang mit der Welt, den wir ahnen. Unser „Ich" ist abhängig von Vorgängen in der Natur um uns und von denen, die sich in unserm Körper begeben, die zu ändern unser Wille keine Macht hat. Wir sind dem Einfluß unserer Umgebung, unserer Mitmenschen ausgesetzt und gelangen daher, solange wir leben, nicht zur Ruhe, zu einer festen Form, sondern wandeln uns immer aufs Neue.

Das Kunstwerk ist die Erfüllung der menschlichen Sehnsucht nach einer Aufhebung und Versöhnung der eigenen Gegensätze. Goethe sagt einmal: Die höchsten Kunstwerke werden zugleich als die höchsten Naturwerke vom Menschen nach wahren und natürlichen Gesetzen hervorgebracht. Die Kunst ist aber nicht den Naturgesetzen unterworfen, sondern hat ihre eigenen Richtlinien. Der Künstler stellt uns vor eine Vollendung und zeigt so eine Einheit, die im tatsächlichen Leben nicht da ist, nach der jedoch wir sehnend verlangen. Er schafft sie in den Maßen des menschlichen Könnens, und da wir sein Werk ebenso mit menschlichen Sinnen betrachten, wird es für uns zu einem Großen, Bedeutsamen. In der geschlossenen, selbständigen Form gestaltet der Künstler ein Stück von irdischer Vollkommenheit.

C. K.

Eine Einstein-Bibliographie. Eine Bibliographie über die Einstein-Schriften hat der Mathematiker der Universität von Löwen, der Pazifist Mavice Lovet, herausgegeben. Es handelt sich um nicht weniger als 3775 solcher Schriften. An erster Stelle steht Deutschland mit 1485 Schriften, ihm folgen England mit 1150, Frankreich mit 600, Italien mit 215, Holland mit 126. Die Anzahl der Gelehrten, die über die Relativitätstheorie geschrieben haben, beträgt 1175. Sie verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Nationen: Deutschland 350, England 185, Frankreich 150, Vereinigte Staaten 128, Italien 65, Holland 50, Oesterreich 49, Schweiz 37.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408261-13/fragment/page=0006

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 26. August.

Unterbezirk Mansfeld der SPD.

Im Hinblick auf die ernste politische Lage und die schwerwiegenden Entscheidungen, die in den nächsten Tagen im Reichstag zu erwarten sind und die zu einer Auflösung des Reichstages führen können, berufen wir hiermit zu Sonntag, den 31. August, vormittags 10 Uhr, nach dem „Volkshaus" in Eisleben eine

Unterbezirkskonferenz

ein.

Tagesordnung:

1. Das Londoner Abkommen und der Reichstag.
2. Wahl der Bezirksparteitagsdelegierten.

Die Ortsvereine werden ersucht, sofort Delegierte zur Unterbezirkskonferenz zu wählen. Alle Ortsvereine müssen vertreten sein.

Der Unterbezirksvorstand.

Der olle ehrliche Seemann.

In der Gewerbegerichtssitzung am Mittwoch, dem 20. August, wurde die Klage des Büroangestellten Georg Seemann auf Wiedereinstellung beim Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises verhandelt. S. hatte am 26. Juli während der Dienstzeit Regierungsmitglieder, welche aus den Kreisen der Arbeiterschaft stammen, z. B. den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten, sowie Mitglieder der Staats- und Reichsregierung zur Bekleidung ihrer jetzigen Aemter als unfähig bezeichnet. Nach Vernehmung einer Reihe Zeugen wurde **der Einspruch abgelehnt und die fristlose Entlassung als zu Recht bestehend erachtet.** Aus der Verhandlung selbst sei zu bemerken, daß sich der Arbeitgeberbeisitzer, Korbwarenfabrikant Busch, gegen einen Zeugen in grober und nicht gerade taktvoller Weise benommen hat, so daß er in die Schranken zurückgewiesen werden mußte. Seemann konnte sich im überschäumenden Fanatismus in Beschimpfungen gegen Sozialdemokraten, die in leitenden Stellen waren und gegen diejenigen, welche durch die schwache Demokratisierung erst später in die Verwaltungen hineinkamen, gar nicht genug tun. Obwohl er wiederholt auf das Verwerfliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht worden ist, scheute er sich nicht, den Warnungen mit einem frechen und höhnischen Lächeln zu begegnen. Lange genug hat sich der republikanische Teil des Volkes von Leuten des Schlages Seemann beschimpfen lassen müssen, es ist deshalb kein Wunder, wenn eine republikanische Behörde von ihrem Recht der Entlassung Gebrauch machte. Wenn sich Sozialdemokraten in der wilhelminischen Zeit nur einen Bruchteil der Beschimpfungen gegen Regierungsmitglieder erlaubt hätten, sie wären nicht nur entlassen worden, sondern obendrein noch ins Gefängnis gesteckt. Der republikanische Teil des deutschen Volkes hat alle Ursache, auf dem Posten zu sein, und vor allen Dingen im völkisch verseuchten Mansfeld, damit der weiße Schrecken der Faszistengesellschaft für immer gebrochen wird. Mag man auch noch so viel Kübel voll Schmutz über uns hinwegschütten, der Gedanke der Freiheit läßt sich nicht ersticken.

*

Bei Abfassung des Artikels ging uns die Nachricht zu, daß Seemann seine Drohungen in die Tat umsetzen läßt. Sagte er doch bei den damaligen Auseinandersetzungen: „Wenn Sie auch von mir keine Wucht kriegen, Sie bekommen sie aber bestimmt." Am Sonnabend sind zwei Angestellte des Landratsamts von Seemann und Genossen in der erbärmlichsten und niederträchtigsten Weise angredet und mit Schlägen bedroht worden. Selbst keinem Mann zu stehen, ist Seemann zu feige, er bedient sich daher aller möglichen Subjekte, die bei irgendeiner sogenannten patriotischen Feier ihre Haifischlyrik . . . ge nicht weit genug aufreißen können. Die Republikaner werden sich gegen derartige Feiglinge zu wehren wissen, doch lassen wir uns nicht provozieren von Lümmeln, die von der Demokratie und Fortschritt so wenig verstehen, wie der Ochse vom Sonntag, weil er alle Tage Heu frißt, die Seemänner aber mit dem Heu des pommerschen Ochsenkopfes täglich überfüttert werden. Es ist darum kein Wunder, daß bei jenen die Erleuchtung nicht kommen kann.

Helbra. Versuchter Einbruch. Von Einbrechern ist in einer der letzten Nächte die Haupttür des hiesigen Postamtes erheblich beschädigt worden. Gleichfalls ist das Schloß gewaltsam behandelt worden, jedoch hat es den Anstrengungen standgehalten. Es kann sich nur um eine planmäßige Arbeit eines oder mehrerer Einbrecher handeln, die in dem Tresor des Postamtes gewaltige Reichtümer vermuteten.

Leimbach. Mord. Am Sonntag früh, dem 24. August, wurde die Leiche eines von dem Amt Leimbach als Feldhüter beschäftigten Mannes namens Bösel aufgefunden. Sie zeigte am Kopf, Hals und in der Herzgegend je einen von einem Revolver herrührenden Einschuß. Neben dem Erschossenen lagen ein Jagdgewehr und drei Hülsen von Revolvergeschossen.

Burgörner. Am Sonntag, dem 24. August, hatte der hiesige Hausbesitzerverein seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung, wo über zeitgemäße Haus- und Grundbesitzerfragen verhandelt werden sollte, eingeladen. Als Referent war der Kreisverbandsvorsitzende Jacobs (Mansfeld) erschienen. Jacobs führte aus, wer da glaube, daß er nur gegen die Mieter losgehen werde, der irre, oder wer da glaube, daß er hier fordern würde, die Zwangswirtschaft müsse sofort aufgehoben werden, der irre noch mehr. Der Referent legte die neuen Bestimmungen über Mietsforderungen auseinander und gab vor allem Aufklärung über die Ermäßigungsmöglichkeiten in der alle drückenden Hauszinssteuer. Unter anderem führte er aus, wer am 1. Juli 1914 keine Hypothek auf seinem Grundstück gehabt habe, könne Antrag auf Ermäßigung der Hauszinssteuer um ein Viertel des Betrages stellen. Solche Anträge sind an das Katasteramt einzureichen. Die dazugehörige grundbuchamtliche Bescheinigung wird für Invaliden und Witwen von Amts wegen eingeholt, um diesen Bedrückten die Gebühren zu ersparen. Auch bei den Grundstücken, wo die Friedensmiete weniger als 6 Prozent des Steuerwertes beträgt, erfolgt eine bedeutende Ermäßigung. Diese Anträge brauchen aber neuerdings nur für Grundstücke über 10 000 Mark gestellt zu werden. Für die anderen Grundstücke erfolgt von Amts wegen eine allgemeine Ermäßigung. Weiter sprach der Referent über die Verträge mit Feuersozietäten, wonach Mitglieder des Verbandes hier auch Vorteile hätten, ebenso wie in der für die Hausbesitzer sehr notwendigen Haftpflichtversicherung. Ein während der Versammlung an den Referenten eingegangener Brief, worin sich ein Mieter über eine zu hohe Mietsforderung seitens des Vermieters beschwerte, kam zur Verlesung. Jacobs betonte, daß er gern dieser Bitte nachkomme. Er betonte, daß er für alle, Mieter und Hausbesitzer, gern Auskunft in Mietsfragen gäbe, aber sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen halte. Wenn nun von verschiedenen Hausbesitzern andere Forderungen gestellt würden, dann sollte man ihn nicht verantwortlich machen. Die Organisation habe mit solchen Manipulationen nichts gemein. Jedenfalls kann gesagt werden, daß der Referent mehr ausgleichend wirken will, als einseitig diesen Wirtschaftskampf zu führen. Als Vorsitzender wurde der Messinguerkarbeiter Ernst Becker, Jionstraße, gewählt. Mit dem alten starren System der Aufreizung der Hausbesitzer zu ungesetzlichen Maßnahmen ist damit auch hier gebrochen worden. Jacobs betonte, daß es an der Führung des hiesigen Vereins gelegen habe, die sich nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen gerichtet habe, sondern sich willkürlich über alles habe hinwegsetzen wollen. Dadurch hätten die Mitglieder nur Schaden, aber keinen Nutzen gehabt. Solche Männer gehören nicht an die Spitze des Vereins.

Hettstedt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Zusammenkunft der Republikaner, die kürzlich im „Ratskeller" stattfand, war ein untrüglicher Beweis für die rasche Zunahme dieser Bewegung zum Schutze der Republik, und wohl mancher der „Anderen" wäre erstaunt gewesen, hätte er gesehen, wie die langen Tafeln im großen Saale immer wieder vergrößert werden mußten, um allen Erschienenen Platz bieten zu können. Der gestrige Abend diente vornehmlich einer Aussprache über die am 13. und 14. September in unseren Mauern stattfindende Bannerweihe. Zahlreich sind die Zusagen der auswärtigen Ortsgruppen, und die Hettstedter Ortsgruppe unterläßt nichts, um diesen Tag würdig feiern zu können. Ein Fackelzug am Sonnabendabend soll das Fest einleiten; anschließend findet ein Werbeabend im „Ratskeller" statt. Sonntag folgt sodann die Weihe des Banners, worüber Näheres in den dann erscheinenden Anzeigen gesagt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Das kommunistische Betriebszellen-Reglement.

„Wie beim Militär der Unteroffizier . . ."

Die Kommunistische Partei erlebt eine Pleite nach der anderen. Trumpf ist bei ihr, so oft wie möglich neue Parolen herausgugeben, um damit den Zersetzungsprozeß in ihren eigenen Reihen möglichst zu vertuschen. Neuerdings ist nun die Kommunistische Partei dabei, die **Ortsgruppenleitungen auf Betriebszellen umzustellen.** Wie das gedacht ist, darüber gibt das „Mitteilungsblatt" der KPD. Ostsachsen, das in aller Oeffentlichkeit erscheint, also nicht etwa als geheim anzusehen ist, u. a. folgende Auskunft:

„Eine Betriebszelle, die ihren Anforderungen gewachsen sein will, muß von unten nach oben organisiert sein. Das Funktionärsystem der Zelle ist deshalb so auszubauen, daß **über das einzelne Mitglied in seinem Tun und Lassen im Betrieb eine Kontrolle besteht . . .** Wir müssen unsere Organisation viel straffer ziehen und müssen sie in ihrer Struktur, wollen wir mal ruhig sagen, etwas militarisieren. Deshalb meldet jeder Funktionär (mit den Händen an der Hosennaht?! D. Red.) **vor Beginn der Versammlung, wie beim Militär der Unteroffizier: von meinen Leuten sind soundso viel anwesend, der und der fehlt, der erstere ist entschuldigt usw.** In größeren Betrieben melden die unteren (!) Funktionäre an die Block- und Abteilungsvertrauensleute und selbige weiter an die Leitung. Die Zellenleitung hat eine Uebersicht und kann da einhaken, wo es nicht klappt."

Also so weit ist es mit der Kommunistischen Partei schon gekommen, daß das Tun und Lassen des einzelnen Mitgliedes kontrolliert werden muß. Bisher galt es in der Arbeiterbewegung allerdings als Ehrensache, sich immer und ständig für Partei und Gewerkschaft zu betätigen. Aber in der Parteienzersplitterei sind die kommunistischen Häuptlinge ja ebensolche „Meister" wie in „straffer Organisation", die, soll sie klappen, eben „etwas militarisiert" wird. Da wird gemeldet, „wie beim Militär der Unteroffizier, und wenn das nicht richtig sitzt, dann ist es ganz gewiß nicht mehr weit bis zur Weltrevolution, denn dann kann ja die Zellenleitung „einhaken, wo es nicht klappt". Die kommunistischen Arbeiter in den Betrieben müßten Toren sein, wenn sie sich diesen Streich ihrer Zentrale gefallen ließen.

Eine weitere Schlappe der KPD.

Bei den Betriebsratswahlen, die in den letzten Tagen im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier stattgefunden haben, erhielten Sitze: Bergarbeiterverband 48 (im März 38), Union alias KPD. 39 (im März 57), „Unparteiische" 3. **Die Kommunisten haben gegenüber den Wahlen im März 18 Sitze verloren.** Und da soll es noch Leute geben, die nicht glauben wollen, daß die KPD. „siegreich marschiert"...

Aus aller Welt.

Serenissimus-Witze.

Uns fehlt noch eine Humoreske; ernsthafte Beschäftigung mit Politik und Wirtschaft läßt uns nicht Raum und Zeit, sie zu schaffen. Da bei unseren Gegnern aber an Hanswurstiaden kein Mangel ist, so wollen wir gern die und da den Lachmuskeln unserer Leser einen Anreiz geben durch Streiflichter auf die „Mentalität" unserer biederen, hierzulig triumphen Monarchisten. Der Bayerische Kriegervereine, männerstolz und schädelhart, buscht voll Wonne eine Allerhöchste Anerkennung seiner „Leistungen"; er hat gerichtet an den ersten Bundespräsidenten, ein Handschreiben (man erschauere in Ehrfurcht: ein Handschreiben!) seines Ehrenschutzherrn erhalten. Für Geist und Form solchen Schriftverkehrs im Freistaat der Bajuvaren ist der Schluß typisch:

„. . . Als Erinnerung an die so schön verlaufene Jubiläumsfeier und als Zeichen Meiner Anerkennung verleihe Ich Ihnen, Mein lieber Generalleutnant Reuter, Ihren treuen Mitarbeitern und dem Verfasser des hübschen Festspiels, Dr. Roth, Mein Bild mit Eigenhändiger Unterschrift.

In huldvoller Gesinnung verbleibe Ich

Euerer Exzellenz wohlgeneigter

Rupprecht."

Das ist nicht der Weihnachtsmann Ruprecht, der ja auch manchmal spaßige Briefe und Geschenke „verleihen" soll; das ist auch kein verstaubtes, vergilbtes Pergament aus einem Antiquitätenladen für monarchistische Autographenfexe. Das ist — Allerhöchst — gezeichnet: München, 6. Juli 1924.

In der Kirche den Tod gefunden.

Zehn Personen getötet, 22 verletzt.

Neuyork, 26. August. (Radiomeldung.) Die Kirche von St. Patricks in Indiana (Pennsylvanien), in die sich bei Herannahen eines Sturmes etwa hundert Einwohner geflüchtet hatten, wurde zerstört. **Zehn Personen wurden getötet, 22 verletzt.**

Schweres Hochwasser in Ostpreußen.

Königsberg, 25. August. (WTB.) Wegen Hochwassers brach im Landkreise der Damm am Mühlenteich bei Adlig-Neuendorf. **Beim Kentern eines Bootes ertranken drei Männer.** Hier und auch bei Friedrichstein, wo Häuser und Gehöfte unter Wasser stehen, wurde Hilfe von Pionieren eingesetzt. Aus der Provinz, namentlich der Elbinger und Insterburger Gegend, liegen Nachrichten über große Ueberflutungen und erhebliche Schäden vor.

Bankraub. In Melbourne raubten zwei bewaffnete Männer aus einer Bank 4000 Pfund Sterling und entkamen im Auto.

Drei Personen vom Blitz getroffen. Bei den letzten Gewittern befanden sich vier Holzleute im Walde bei Neurieth. Sie suchten unter einem Baume Schutz. Drei von ihnen wurden plötzlich von einem Blitzschlag zu Boden geworfen. Der vierte konnte sich retten. Als er später zur Unglücksstelle zurückkam, fand er seine Gefährten mit halbverjengten Sachen bewußtlos vor. Sie liegen mit schmerzvollen Brandwunden darnieder.

Kampf mit einem Adler. Ein aufregendes Erlebnis hatte ein 14jähriger Schüler, Fred Cunningham in Kanada. Der Knabe befand sich auf einem Golfplatz, als plötzlich ein mächtiger Adler auf ihn zustürzte und ihn zu entführen versuchte. Es gelang dem Jungen, sich aus seiner Jacke, die der Vogel festgekrallt hatte, zu befreien, so daß er aus geringer Höhe wieder auf den Erdboden fiel. Auf die Hilfeschreie des Jungen eilten Leute herbei, die den Adler töteten. Das Tier hatte eine Flügelspannweite von 2¾ Meter.

Mit dem Flugzeug auf dem Meere. Der italienische Flieger Locatelli ist aufgefunden worden. Er hatte wegen Motorfehlers auf das Meer niedergehen müssen.

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von Paul Täumel (Halle).

1. Teil.

20] (Nachdruck verboten.)

IV.

Am andern Morgen.

Das erste Mal ging Karl Neuringh nicht seinen bisher gewohnten Weg nach der Fabrik. Es war um neun Uhr, als er sich nach dem Bureau des Metallarbeiterverbandes begab. Ein leichtes Gefühl von Stolz regte sich doch nun auch in ihm, als er nicht im Werktagsanzug durch die Straßen schritt. Er wollte Vollstrecker sein jenes Macht gewordenen Willens der Arbeiterklasse, der den jetzt herrschenden Männern die Zügel aus der Hand winden wollte. Nicht mehr sollten sie ungehindert Land und Volk nach ihrem Gutdünken und ihrem Vorteil leiten.

Heine, der bisherige alleinige Geschäftsführer, war schon anwesend, als Neuringh eintrat. Nach kurzem Gruß wünschten sie sich gegenseitig ein kollegiales und erfolgreiches Zusammenarbeiten. Von der Bezirksleitung war ein Schreiben eingelaufen, in welchem diese bat, zum kommenden nächsten Abend die Ortsverwaltung zusammenzurufen, zwecks einer gemeinsamen Aussprache über die nächsten Schritte zur Einleitung der beschlossenen Bewegung. Neuringh schrieb sofort die Einladungen aus. Später, gegen zwölf Uhr, kamen die wenigen Arbeitslosen zur Kontrolle. Die Mehrzahl der Einladungen wurde von ihnen willig zur Besorgung entgegengenommen, je nachdem die Adressaten in der Nähe ihres eigenen Heims wohnten. Dann wieder kamen einige durchreisende Metallarbeiter, die ihr Reisegeld erhoben. Ihnen wurde bedeutet, nicht nach Arbeit Umschau zu halten, da man vor dem Ausbruch einer Bewegung stehe, die alle Betriebe im Orte dem Ausbruch einer Bewegung stehe, die alle Betriebe im Orte umfassen solle. Sie zogen es denn auch vor, ohne viele Worte zu machen, weiterzuwandern.

So wurde es für Neuringh ein stiller Tag auf dem Bureau, in dem schon manche bewegte Zusammenkunft der leitenden Männer des Verbandes stattgefunden hatte. Hier waren unzählige Male alle Möglichkeiten erörtert worden, wie auf schnellerem Wege die Organisation auszubauen sei, mit welchen Mitteln man rascher die Unternehmer zum Nachgeben treiben könnte. Der heutige ruhige Tag schien Neuringh nur die Stille vor dem Sturm zu sein, der bald losbrechen sollte. Gewiß, es war kein weltumspannendes Ziel, welches man mit der beschlossenen Bewegung sich gesteckt hatte, aber die Atmosphäre des Wirtschaftslebens war geschwängert mit Konfliktsstoff. Zwei Jahre lang hatte man in Deutschland um die Wirtschaftskrise herumgependelt. Auch im Orte hatte man die Begleiterscheinungen zu spüren bekommen. Verminderung der Arbeitszeit und damit des Verdienstes durch Kurzarbeit und Aussetzen, welche die davon Betroffenen in unsagbares Elend stieß, in ihnen den Neid weckte gegen diejenigen, die das Glück hatten, nicht in diesen Strudel geraten zu sein, sie aber zu gleicher Zeit immer mehr zur Empörung trieb gegen die Beherrscher dieser anarchischen Wirtschaftsform.

Konfliktsstoffe aber waren auch im Staat vorhanden. Dort fast noch größer, wie in der Wirtschaft. Zwar war seit länger denn zwei Jahren eine starke Arbeiterfraktion im Reichstag, viel stärker denn je zuvor, aber nirgends erblickte sie die Möglichkeit, die Macht ihrer Zahl einflußreich in die Wagschale werfen zu können. Jede Reform stockte. Nichts wurde getan, durch staatliches Eingreifen die Wirkung der Schäden einer für die Gesamtheit des Volkes unzureichend organisierten Wirtschaft zu mildern. Der geringste Anstoß mußte alle diese Spannungen zur Auflösung bringen. Es fehlte nur noch der Funke, der in das Pulverfaß fiel, um vor der erfolgten Explosion zu warnen, alle alten Gewaltbaber im Staate und im Wirtschaftsleben von ihrem Platze geschleudert werden. Niemand konnte es wissen, ob nicht eine von dem Verbandsvorstand vorsorglich so umgrenzte Bewegung, wie die jetzt eingeleitete zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, der Funke werden würde. Die Möglichkeit stand hinter jedem Vorstoß, den die Arbeiter auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete unternahmen. Es nahte die Zeit einer großen Umwälzung. Das Gefühl mußte in weiten Volkskreisen verbreitet sein, denn fast alle Vereinigungen der Arbeiterklasse konnten einen stetig wachsenden Zustrom von Mitgliedern verzeichnen.

In Neuringh erwachte die Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, bei der Führung dieses Kampfes diesem Gefühl entgegenzukommen. Vielleicht war es ihm dabei möglich, den Funken in den Seelen der Kämpfenden zu entzünden, der bestimmt war, die Explosion herbeizuführen. Er rüstete sich dazu, diese von ihm fast mit Freude ersehnte Entwicklung in der morgigen Besprechung vorwärtszutreiben. Er wollte das gewöhnliche Bremsen der Bezirksleitung unmöglich machen. Das rote Banner der Arbeiter sollte sich freier als bisher entfalten.

Das waren die Gedanken und Absichten, die Neuringh am ersten Tage in seinem neuen Amte das Herz vor Erwartung höherschlagen ließen. Er wähnte nicht, daß auch die Gegenseite, die Unternehmer, durchaus nicht erst bis zu den ersten Kampfesmaßnahmen der Arbeiter warten würde, ehe sie zur Gegenwehr schritt.

Der Generaldirektor des großen Werkes spürte nach der Unterredung mit Neuringh und seinem vergeblichen Bemühen, ihn an den Dienst für eine vorzusehende gewaltige industrielle Entwicklung zu fesseln, das erstemal so etwas wie Unzufriedenheit mit sich selbst. Für ihn stand fest, daß seine bisherige Taktik gegenüber der Arbeiterschaft seines Werkes nicht mehr die richtige war. Er dürfte überhaupt kein Entgegenkommen mehr zeigen. Die gewerkschaftlich Organisierten waren zu zahlreich geworden. Für einen unverzeihlichen Fehler hielt er es jetzt, einen solchen Fanatiker, wie Neuringh, so lange Jahre im Betriebe geduldet zu haben. Jetzt, nachdem dieser seiner Gewalt sich entzogen hatte, würde es Mühe kosten, dem Einfluß, den er von außen auf die Belegschaft ausüben konnte, zu begegnen. Aber Schritte mußten unternommen werden. Die Gelegenheit bot sich bald.

Fast jeden Monat fand zwischen ihm und den leitenden Betriebsangestellten eine Konferenz statt, in der die letzteren eine Art Generalbericht über ihr Ressort abzulegen hatten, wobei aber auch oft genug Einzelheiten und markante Ereignisse besprochen wurden. Zwei Tage nach dem Austritt Neuringhs fand solch eine Konferenz statt. Die Berichterstattung der einzelnen Betriebsleiter erfolgte auf Wunsch des Direktors so kurz wie möglich. Dann ergriff er selbst das Wort, um gewaltige bevorstehende Aenderungen im Betriebe anzukündigen, worüber er aber strengstes Stillschweigen voraufsetzt. Die Andeutungen, die er zu einem bestimmten Zwecke Neuringh gegenüber machte, fanden jetzt Wiedergabe in einem ausführlichen Plan.

Es bestand danach die Absicht, einen großen gewaltigen Konzern in der Metallindustrie zu schaffen, der in vorläufig loser Vereinigung Werke der Vorproduktion, Kohle und Eisen, und Werke der weiterverarbeitenden Industrie bis zu denen der Fertigindustrie umfaßte. Dieser Konzern sollte weniger die Versorgung des Inlandsmarktes im Auge haben, als vielmehr einer bis in das letzte Glied gewappnetzig geteilten Eroberung eines bestimmten Auslandsmarktes dienen. Je weiter der Direktor in seinen Ausführungen kam, desto interessierter zeigten sich die versammelten Angestellten. Schon allein die Tatsache genügte, daß das ein ganz anderer Stoff war, als die sonst üblichen Berichte über die Beschäftigung der einzelnen Abteilungen, über Aenderungen im Arbeitsverfahren und an Maschinen, über Streitfälle mit der Arbeiterschaft usw. Das nach allen Seiten Vorteilhafte des Planes stach diesen Kennern der Technik und Wirtschaft ohne weiteres in die Augen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408261-13/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Frauen und Frieden.

Der Kongreß der Internationalen Frauen-Liga für Frieden und Freiheit in Washington.

Von Dr. Margarete Stegmann, M. d. R.

Genossin Stegmann hatte Gelegenheit, dem Kongreß der Internat. Frauenliga in Washington beizuwohnen und stellt uns nachfolgenden Bericht zur Verfügung.

Die Landesorganisationen von ungefähr 40 Nationen hatten ihre Delegierten zu der internationalen Zusammenkunft geschickt, in der Uebersicht gegeben wurde über die Weltlage ebensowohl wie über das, was bisher zur Verwirklichung des Weltfriedens getan wurde und das, was in Zukunft dafür zu geschehen hätte.

Es war ein in jeder äußeren und inneren Hinsicht farbenreiches Bild, als am Eröffnungsabend die Delegierten ihre ersten Ansprachen hielten. Eine Indianerin in Nationaltracht schleuderte ihre Anklagen gegen Regierung und Zivilisation; Negerin, Kreolin, Japanerin, Inderin betonten den Anspruch ihrer Rassen auf Dasein, Frieden und Freiheit; aus Europa waren mit Ausnahme von Rußland alle Nationen vertreten. Ob nun die Türkin sprach oder die Deutsche, die Französin oder Engländerin: ein Geist war es, der alle beseelte, ein Zukunftsbild der Welt schwebte ihnen vor:

der Geist der Liebe und Versöhnlichkeit,

das Bild einer Welt, in der der Krieg nicht mehr die ultima ratio der Politik wäre. Jane Addams, seit der Gründung der Liga ihre vorzügliche Vorsitzende, zeigte in einer feinen, in weiser Mäßigung gehaltenen Eröffnungsrede, daß mit dem Abschluß des Weltkrieges keineswegs Frieden in die Welt gekommen war. Zündstoff ist überall angehäuft, mancherlei Konflikte halten die Nationen in Atem; die Ruhr ist noch nicht der Selbstbestimmung und Verwaltung Deutschlands zurückgegeben; Frankreich und die neugebildeten kleinen Staaten in Europa treiben kriegerische Rüstungen; innerhalb mehrerer Nationen herrscht ein bewaffneter Friede, der nur durch die Vergewaltigung eines Teiles der Bevölkerung oder von Klassen aufrechterhalten werden kann. Warum sollen wir aber diesen Kriegszuständen mehr Bedeutung beimessen, als ebenso vielen Anzeichen dafür, daß an anderen Orten der Geist der Liebe sich unzweideutig manifestiert? In Indien hat Ghandi die nationalen Leidenschaften in einer gewaltlosen, friedlichen Bewegung von überwältigendem Ethos zusammengefaßt und erringt Siege dadurch, daß er bewußt jeder Verfolgung und Vergewaltigung nur seine Bereitschaft, Leid und Verantwortung zu tragen, entgegensetzt. Zwischen großen Staaten sind Territorialfragen durch friedliche Vereinbarung gelöst worden. Ein Völkerbund ist gegründet, und so unvollkommen er einstweilen die Idee noch verkörpert, so ist mit ihm doch der Anfang einer Schöpfung gemacht, die, weiterer Vervollkommnung zugeführt, zum Instrument des Friedens einst werden kann.

Als Jane Addams 1915 in London war, sah sie Plakate angeschlagen und herumgetragen mit der Aufschrift:

Ins Gefängnis mit Mac Donald! Nieder mit den Pazifisten!

Heute sitzt der Verfasser der Plakate, der Herausgeber des „John Bull", im Gefängnis und der Pazifist Mac Donald läßt als Premierminister des britischen Reiches seinen friedensfreundlichen Einfluß ins Weite wirken. Da ist kein Staat, der mit seiner andersgearteten Politik nicht auf den veränderten Kurs in England Rücksicht nehmen müßte.

Es ist deshalb nicht utopistisch, wenn die Liga für Frieden und Freiheit unentwegt an ihrer Idee festhält und sich Lincolns Wort zum Leitstern nimmt: Gegen niemand Bosheit, für alle Liebe, als Prinzip des Handelns Gerechtigkeit.

Die europäischen Delegierten konnten es nicht hindern, daß in ihren Reden immer wieder etwas widerklang von den entsetzlichen Leiden, die der Weltkrig gebracht hatte. Es war charakteristisch, daß die Amerikenerinnen fanden, es sei zu viel von diesem Echo zu hören. Zwar war Amerika auch kriegführendes Land gewesen, sogar ausschlaggebendes; aber das Volk als Gesamtheit war davon nicht betroffen. Die Eltern, die den Verlust von Söhnen zu beweinen haben, verschwinden unter der Menge der andern, die nur menschlich und intellektuell in Mitleidenschaft gezogen waren. Das Mitleiden aber nimmt ab im Quadrate der Entfernung. Für die Friedensidee, die in Amerika sehr stark verbreitet ist, hat dieser Sachverhalt eine günstige Seite: der amerikanische Geist, der nicht wie der europäische durch die Erinnerung noch fest an die vergangenen Schrecknisse gebunden ist, kann sich frei der Zukunft zuwenden. Das Vergangene ist nur gerade noch stark genug wirksam, um in die um die Gestaltung der Zukunft kreisenden Gedanken richtunggebende Schatten zu werfen.

Vom vergangenen Krieg und vom werdenden oder wenigstens gewünschten Frieden kann nicht gesprochen werden, ohne daß die Gesellschaftsstruktur einer scharfen Kritik unterworfen wird. Viele der Reden waren leidenschaftliche

Anklagen gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft.

Die Belgierin Desjardin tat sich darin mit echt wallonischem Temperament ganz besonders hervor. Trotzdem war sie sehr beliebt. Aber diese stark revolutionären Reden, die so schonungslos aufdeckten, was alles an Notwendigkeiten für Ernährung, für Erziehung der Kinder, für das Los der Arbeiter, für alle Werke des Friedens versäumt werden, während für Rüstungszwecke Geld stets vorhanden ist, haben viel dazu beigetragen, den Kongreß im kapitalistischen Amerika als das Werk von Kommunistinnen zu verschreien. Eine gewisse nationalistische Presse hetzte mächtig und verlangte die Ausweisung der „Kommunistinnen"; im Parlament wurde sogar eine Interpellation darüber eingebracht, daß diese staatsgefährlichen Elemente in einem Sonderzug durch das Land fahren und überall Reden halten sollten und „was die Regierung dagegen zu tun gedächte"? Ja, solche Dinge sind auch im freien Amerika möglich; auch dort gibt es nationalistisch-moralische Entrüstung für Gold. . . . Aber die amerikanische Regierung hat diese Interpellation nie beantwortet. Und das scheint mir, wäre bei uns anders gewesen. Trotz diesen Versuchen der Diskreditierung war die Sympathie der Bevölkerung und der Widerhall im ganzen Lande für den Kongreß sehr groß. Nur ganz selten geschah es, daß die Versammlungen oppositionelle Redner zu hören bekamen. Wo es geschah, waren sie nicht gefährlich.

Auch die Reden der Französinnen (namentlich Duchêsse und Marcelle Cappy) waren stark sozialistisch. Es war eine Freude, in Marcelle Cappy eine ganz ungebrochene Persönlichkeit von großer Gefühlstiefe und echter, edler Leidenschaftlichkeit kennenzulernen. Sprechen die französischen Politiker heute vom „noblen französischen Geist", dann spotten die deutschen Zeitungen über diese „Phrasen". Aber es ist nicht mehr und nicht weniger Phrase, als was unsere Deutschvölkischen und Nationalen vom deutschen Idealismus erzählen. All das hat einmal wirklich lebendig und richtunggebend und allgemein in den Menschen existiert; aber wenn heute eine Partei mit den Formeln aus vergangener Zeit Vorteile erreichen will, dann hat allerdings niemand eine Gewähr dafür, daß den Formeln ein Gefühlsinhalt entspricht. Um so schöner ist es, Menschen zu sehen, in denen der lebendige Quell der Dinge fließt, die von den andern nur als „Phrasen" mißbraucht werden können. Eine solche Persönlichkeit, eine echte Verkörperung des noble esprit français ist Marcelle Cappy. Ihr Buch: „Stimme einer Frau im Handgemenge", das während des Krieges den Wahnsinn des Krieges enthüllte, indem es Szenen echter Menschlichkeit erzählte, die sich zwischen den sogenannten Feinden, den Angehörigen der französischen und der deutschen Armee, abgespielt hatten, war eine wundervoll mutige Tat und von echter Menschlichkeit eingegeben.

Die Engländerinnen, vor allem Dorothy Evans, zeichneten sich aus durch mutiges Draufgängertum in ihren praktischen Forderungen an die Regierung. Sie werden nicht müde,

eine Abrüstungskonferenz zu verlangen;

sie führen klaren zielbewußten Krieg gegen die Unvollkommenheiten in den Satzungen des Völkerbundes, vor allem gegen das Draft-Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung, die englische Regierung hat vor kurzem die Welt überrascht durch ihre Weigerung, diesem Abkommen beizutreten. Sie treten ein für eine Revision des Versailler Vertrages und für Aufhebung der französischen Sanktionen gegen Deutschland. Nebenbei kann man an ihnen echt englisch-kluge taktvolle Politik bewundern.

In deutschen nationalistischen Zeitungen gab es eine Hetze gegen die deutschen Delegierten Dr. Augspurg, Heymann, Bär. Sie sollten angeblich landesverräterische Aeußerungen getan und sich dadurch das Mißfallen der Liga-Vertreterinnen in England und Amerika zugezogen haben. Ich kann feststellen, daß diese drei deutschen Frauen durchaus beliebt und angesehen waren und am ganzen Kongreß mit an erster Stelle standen.

Man kann nicht vom Frieden sprechen, ohne

den Ursachen des Krieges

nachzuforschen. Die Liga hat in dieser Erforschung gründliche, durch keine Vorurteile gehemmte Arbeit getan. Dreierlei Ursachen gibt es: wirtschaftliche, politische, psychologische. Die wirtschaftlichen klar zusammengefaßt ergeben den einfachen Tatbestand, daß die Bodenschätze vom Privatkapital ausgebeutet werden. Um sie werden Kriege geführt. Gäbe es in der Ruhr keine Kohle, wäre sie nie zum Sanktionsobjekt geworden. Das Privatkapital bedarf zum Schutze seiner Interessen Machtmittel des Staates. Die wirtschaftlichen Gründe werden nun zu politischen erhoben; aus Kapitalinteressen werden nationale Interessen. Eine gleiche Rolle wie die Ausbeutung von Bodenschätzen spielen die Handelsnotwendigkeiten. Damit die Industrie neue Absatzgebiete findet, wird die Politik eingespannt; Konkurrenzkonflikte werden durch Kriege ausgeglichen oder durch vorbeugendgeführte vermieden. Imperialismus (Machtgier) und Kapitalismus (Habgier) sind kaum voneinander zu trennen. Sie sind eines Stammes, gehen häufig ineinander über und unterstützen sich gegenseitig. Die Industrie paßt ihre Erzeugnisse nicht den Bedürfnissen der Verbraucher an; sie erzeugt umgekehrt für ihre Produkte eine Nachfrage, die natürlicherweise nicht vorhanden wäre. Häufig stehen die aus diesem Grunde erregten Bedürfnisse im Dienste des Imperialismus. Man denke an den Opiumhandel in China, die Ueberschwemmung Afrikas mit Branntwein, an die Alkoholindustrie überhaupt. Durch Opium oder Branntwein unterjochte Völker sind leicht auch politisch niederzuhalten.

Für die innigen Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Faktoren gab Marg. Dumont, Frankreich, sehr interessante Daten. Die Wurzel des Uebels erkennen, bedeutet den Weg zur Abhilfe sehen. Die Bodenschätze müssen internationalisiert und dem Privateigentum entzogen werden.

Mutter Erde gehört allen.

Ueber allen Staaten müßte ein Ueberstaat stehen, eine Art internationalen Verwaltungshofes. Die Notwendigkeit einer Kontrolle der Produktion wird klar. Rein politisch gesehen ergibt sich die Forderung, das Recht der Minderheiten zu schützen; das bedeutet im Innenleben der Nationen auch den Schutz der wirtschaftlich Schwachen: Verhinderung aller Ausbeutung. Denn ein Weltfriede kann nur bestehen, wenn auch im Innern der Völker kein Grund zu Bürgerkriegen vorhanden ist. Die Geschichte lehrt, daß häufig ein Krieg nach außen geführt worden ist, um die Alternative im Innern: Reform oder Bürgerkrieg zu umgehen. Man behauptet, daß auch im Weltkrieg dieses Motiv in diesem und jenem Staat wirksam gewesen ist. Der Mißbrauch der nationalen Idee und der Vaterlandsliebe ist nicht bloß in Deutschland ein wirksames und langbewährtes Hilfsmittel im Rüstzeug der Imperialisten. . . .

Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlich-politischen Problem wurde über den Plan diskutiert, der seit Bertha v. Suttner schon viele Geister beschäftigte:

Die Vereinigten Staaten von Europa.

Das „balkanisierte" Europa ist in der Tat ein brodelnder Hexenkessel; es scheint plausibel, daß die Weltgeschichte ihren Weg zum Frieden gehen könnte: Zusammenschluß der feindlichen Nachbarn, gemeinsame Interessen für die, die sich aus ungleichen Interessen befehden, Beseitigung des Nationenhasses durch Aufhebung der nationalen Grenzen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß Vereinigte Staaten von Europa ohne England und Rußland nichts bedeuten, daß aber diese beiden Staaten, die beide so weit über Europa hinausreichen, sich kaum in Pan-Europa würden einbeziehen lassen. Vielleicht hat die Entwicklung dieses Stadium, das einst notwendig schien, ausgelassen, der Völkerbund ist in der Tat dem Sinn nach der Beginn einer größeren Vereinigung. Einem Pan-Europa würde ein Pan-Amerika und ein Pan-Asien gegenüberstehen. Und dieses Gegenüberstehen könnte ein feindliches werden und zu einem Zweikampf von Kontinenten führen. Wenn die Frauen die Herren der Welt wären, sagte Marcelle Cappy, so könnten die Vereinigten Staaten von Europa gebildet werden; da sie die Herren nicht sind, so würde die Bildung bedeuten, daß man Kontinent gegen Kontinent bewaffnet.

Wenn die Frauen die Herren der Welt wären,

so wären die Vereinigten Staaten von Europa schon nicht mehr nötig. Es wurden auf diesem Kongreß in einem halben Tag mehr politische Weisheiten ausgesprochen, als die Menschheit in Jahrhunderten realisieren wird. Wie kommt es, daß stets schon alles bekannt ist, was der Menschheit das glücklichste Erdenleben garantieren könnte, und daß die Wirklichkeit sich stets so ganz anders, und ach, so viel schlechter gestaltet? Hier spielen die psychologischen Momente, die trotz manch feinem Worte an diesem Kongreß zu landläufig behandelt wurden. Wenn alles andere so klar ist, so muß doch wohl auf diesem Gebiete der dunkle Grund liegen, weshalb die Klarheit auf den andern nicht, oder nicht genügend fruchtbar wird.

Klar ist, daß die Weisheiten Kinder von Verstand und Vernunft sind; sie sind rationalen Ursprungs; Kriege und was die Menschen verwirrt, werden mit Leidenschaften genährt; die Wurzeln liegen im Irrationalen, im Triebhaften. Die höhere Weisheit, die Triebhaftes zu lenken vermöchte, dürfte nicht mit vernünftigen Worten leiten wollen. Man kann einen Wasserfall nicht mit den Armen auffangen. Einsicht hat nicht ohne weiteres Einfluß auf Leidenschaften. Nur eine veränderte Bewußtseinslage kann diesen Einfluß ermöglichen. Kann diese höhere Bewußtseinslage nicht für ein ganzes Volk geschaffen werden, so ist es Aufgabe der Führer, sie zu besitzen und von ihr aus die Leidenschaften der Massen auf ein vernünftiges Ziel zu konzentrieren.

Der Kongreß hatte in gewaltigem Ausmaße die Probleme aufgerollt. Obschon ein Teil der amerikanischen Presse die Berichte sabotierte, so war doch die Wirkung eine sehr starke. Nicht nur hat der bessere Teil der Presse echt amerikanisch mit Bildern geschmückte ausführliche Berichte gebracht, der Hauptwiderhall wird von den vielen Tausenden weitergetragen werden, die während des Kongresses in Washington, in den verschiedenen Städten, die der Sonderzug berührte, und vor allem in den von der Sommerschule in Chikago veranstalteten Hochschulkursen Zuhörer waren.

Das Schicksal aller Kongresse: die Redner verhalten sich mit ihrer Gedankenwelt zu der Wirklichkeit so, wie die Schnelligkeit des Auto- oder Luftschiffahrers zu der des Fußgängers.

Die Minuten der Weltgeschichte sind von anderem Maße als die des einzelnen.

Eine Friedensbotschaft

Ein Cahier de la paix (Friedenshaft, ein Programm wie der Friede herzustellen ist), eine großartige Arbeit der französischen Sektion, wird kaum jemals eine andere Bedeutung bekommen, als die eines interessanten historischen Dokumentes. Den Frauen fehlt, trotz Stimmrecht in einigen Ländern, immer noch die politische Macht, um bestimmend auf den Gang der Dinge wirken zu können.

Alle Sektionen der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit haben die Pflicht, bei ihren Regierungen darauf hinzuwirken, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung erörtert wird, daß dem Völkerbund sämtliche Staaten beitreten — seine Satzungen geändert werden, daß gleiche Rechte für Männer und Frauen geschaffen, Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt werden.

Für Deutschland bemerkenswert waren mehrere Reden, die von hervorragenden Amerikanern, Professoren und Senatoren über das Problem des Weltfriedens gehalten wurden. Der Vertrag von Versailles hat von allen als ein Hindernis zum Frieden die schärfste Verurteilung gefunden.

In Amerika bleiben solche Aeußerungen nicht ungehört. Die öffentliche Meinung bemächtigt sich ihrer schnell. Da sie auch schnell wieder vergessen werden, so bleiben wir nach wie vor auf uns selbst gestellt.

Opfer der Arbeit.

Die rheinischen Krankenkassen haben beschlossen, über die Anforderungen der Reichsversicherungsordnung hinaus eine gründliche Statistik nach gemeinsamen Wirtschaftsgrundsätzen und einheitlichen Formularen zu führen. Aus den Resultaten dieser Statistik veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt" der Landesgewerbearzt Dr. Ludwig Teleky (Düsseldorf) Zahlen über die Altersverteilung und Erkrankungshäufigkeit der Krankenkassenmitglieder. Die Altersverteilung der weiblichen Krankenkassenmitglieder läßt erkennen, daß der Anteil der über 20 Jahre alten Frauen etwas angestiegen ist. Unter der Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder dominiert das arbeitende junge Mädchen unter 20 Jahren nicht so stark, wie das vor dem Kriege der Fall war. Leider lassen die Zahlen über die bisher veröffentlichten Teile der Statistik nicht erkennen, wie sich die Erkrankungshäufigkeit der Frauen zu derjenigen der Männer verhält. Es ist zu hoffen, daß darüber noch genauere Zahlen bekanntgegeben werden. Für die Gesamtheit der deutschen Krankenkassen wurde in den letzten Jahren festgestellt, daß die Zahl der erwerbsunfähig erkrankten Frauen 30 bis 40 Prozent höher ist wie die der männlichen Kassenmitglieder.

Interessant ist der Hinweis der Statistik über die Häufung der Erkrankungen bei Jugendlichen. Dr. Teleky weist darauf hin, daß der jugendliche, in der Entwicklung begriffene Organismus Schädigungen gegenüber besonders empfindlich ist. Die durch den Eintritt in den Beruf hervorgerufene vollständige Aenderung der Lebensweise führt bei schwächlicher Gesundheit leicht zu Erkrankungen. Außerdem ist die Zahl der Verletzungen bei der noch fehlenden Geschicklichkeit im Umgang mit Werkzeugen besonders groß.

Die Erblichkeit der Zwillingsgeburten.

Im Durchschnitt kommt auf je 100 Geburten eine Zwillingsgeburt. Es gibt aber Familien, in denen die Zahl der Zwillingsgeburten bis auf 15 Prozent steigt. Es ist deshalb anzunehmen, daß in manchen Familien eine besondere Disposition zur Zwillingsgeburt erblich ist. Forschungen haben festgestellt, daß diese Disposition keineswegs nur von den Eigenschaften der Mutter abhängig ist, wie man zunächst annehmen möchte. In den Berichten der Gesellschaft für experimentelle Biologie und Medizin in Neuyork veröffentlicht Davenport die Ergebnisse der Untersuchung von 355 Zwillingsgeburten unter dem Gesichtspunkt der Erblichkeit. Er stellte fest, daß 4,5 Prozent der Mütter aus Familien stammten, in denen Zwillingsgeburten erblich schienen. Das gleiche war bei 4,2 Prozent der Väter der Fall. Zwillingsgeburten entstehen aus der gleichzeitigen Befruchtung von zwei Eiern oder aus der nachträglichen Teilung eines befruchteten Eies. Davenport spricht die Vermutung aus, daß das Spermium von Vätern, in deren Familie die Zwillingsgeburten erblich sind, die Teilung des Eies zu beeinflussen vermag.

Abessinische Fraueneitelkeit.

In Abessinien führt das weibliche Geschlecht kein hinter Mauern abgeschlossenes Leben, wie etwa die Insassinnen eines orientalischen Harems. Im Gegenteil haben Frauen oft eine große Rolle in der Geschichte des Landes gespielt. Was Schönheit und Anmut betrifft, nimmt die Abessinierin einen hervorragenden Platz unter ihren Geschlechtsgenossinnen aller Länder ein. Meist besitzt sie eine hochgewachsene, schlanke Gestalt von wunderbar harmonischem Gliederbau. Sie zeichnet sich durch besonders kleine, schmale Hände und Füße wie durch eine natürliche Grazie der Bewegungen aus. Auch hat sie ein angeborenes Anstandsempfinden und Feingefühl. Das Haar der Abessinierinnen umringelt im natürlichen Zustand Stirn und Nacken in leicht gekräuselten Locken. Doch leider sieht man es nur so, wenn eine Frau ein langes Krankenlager oder ein Wochenbett hinter sich hat, so daß sie nicht imstande ist, die vorgeschriebene kunstreiche Frisur zustande zu bringen. Diese besteht darin, daß das ganze Haar in gleichdicke, vollkommen regelmäßige Strähnen eingeteilt und sehr fest geflochten wird, worauf es in Form einer Haube aus Zöpfen rings um den Kopf herum angeordnet wird. Da die Herstellung eines solchen Kunstwerks mehrere Stunden beansprucht, wird es nicht oft erneuert, sondern bleibt mehrere Wochen lang unangetastet. Schon durch diesen Umstand ist die abessinische Frauenhaartracht nicht gerade appetitlich; noch weniger ansprechend aber ist die Sitte, die kunstvolle Frisur mit Butter oder Rizinusöl einzufetten. Das sonst schwarze glänzende Haar erhält infolge dieses Verfahrens durch den sich absetzenden Staub und Schweiß eine graugrüne Farbe und riecht abscheulich nach altem ranzigen Fett. Für europäische Nasen jedenfalls ist dieser Duft widerwärtig; für den Abessinier hingegen stellt er einen Hochgenuß dar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240826l-13/fragment/page=0008